

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

69 (23.3.1927)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbmönl. 1.15 M mit, 1.4 ohne Zustellung. Einzelpreis 10 3. Sonntags 15 3. — Anzeigen: die einsp. Kolonietelle 28 3. Restliche 1.4. Annahmefrist 8 Uhr vorm. Postfach. Karlsruhe 2650. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle: Redaktion: Lufstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpslin; für die Redaktion verantwortlich: Benmann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkstfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe

Deutschlands Außenpolitik

Strefemann vor dem Plenum des Reichstages

Berlin, 22. März. (Eig. Bericht.) Der außenpolitischen Aussprache bei Gelegenheit der Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes ging eine gewisse Spannung voraus, trotzdem hatte der Reichstag nicht das Ansehen eines großen Tages. Die Tribünen waren nur mäßig besetzt und auch auf den Regierungsbänken fehlte der Aufzug zahlreicher Regierungsmitglieder, Ministerialdirektoren und Staatssekretäre, die sich sonst hinter die Minister gruppieren. Neben dem Reichsaussenminister nahm zeitweise der Reichsanwalt an den Verhandlungen teil. Auch die Reden während der Sitzung boten wenig Neues. Diejenigen, die von der Regierungsbank bestimmte Erklärungen zu den außenpolitischen Ereignissen der letzten Tage ermarkteten, wurden enttäuscht. Zwar gab Strefemann u. a. die Erklärung ab, daß er nicht an eine akute Gefahr im italienisch-jugoslawischen Konflikt glaube, aber er ging doch recht rasch über diesen Brennpunkt europäischer Politik hinweg. Wesentlich Neues konnte Dr. Strefemann auf keinem Gebiet der Außenpolitik vorbringen. Der wichtigste und zugleich bedeutendste Satz seiner Rede war die Feststellung, daß wir uns von der Rheinlandräumung mehr entfernt als genähert haben. Ein sehr schlechtes Zeugnis der neuen Regierungspolitik, und zwar ausgestellt von ihrem eigenen Reichsaussenminister.

Breitscheid hatte zu Beginn seiner Rede schwer gegen die sachliche Interessenlosigkeit großer Teile des Hauses zu kämpfen. Der Schwung seiner Beredsamkeit verschaffte ihm aber bald aufmerksames Gehör. Als er noch einmal erklärte, daß im englisch-russischen Gegensatz wir uns für keinen der streitenden Teile erklären könnten, gab es lebhaftes Zwischenreden mit dem Kommunisten Thälmann. Nach einigen liebenswürdigen Bemühungen gab Breitscheid den unumgänglichen Verzicht auf diesen Kommunisten zu befehlen. Von dauerndem Werte bleiben diejenigen Teile der Breitscheidschen Rede, die den Kommunisten nachweisen, daß sie nicht nur Erfüllungspolitik im alten Sinne betreiben, sondern zugleich Rechte aufgeben haben, die uns nach dem Versailles Vertrag zustehen. Als der Reichsaussenminister Strefemann, wie es wohl seine Pflicht als verantwortlicher Minister sein mag, noch einige Worte für den Friedensgeist auch eines Mussolini von sich gegeben hatte, fand der deutschnationalen Redner, Universitätsprofessor Dr. Spahn, zum Wort. Er bereitete dem Hause eine entsehlige Stunde. Der Mann hatte sich jedes Wort seines Vortrages, auch die Stellen der Entrüstung und Begeisterung, aufgeschrieben und trug nun diese Vorlesung in einschläferndem Tone vor. Nach etwa einer halben Stunde hatte er seine eigene Fraztion so gut wie ganz in die Flucht gejagt, und der übrige Teil des Hauses machte sich respektlos über den unglücklichen Professor am Rednerpult des Reichstages lustig. Eigentlich hätte die Rede mehr Beachtung verdient, denn sie war bei all ihrer geistigen und politischen Unzulänglichkeit doch wieder ein Ausdruck deutschnationaler Doppelsinnigkeit. Der Redner der größten Regierungspartei hielt eigentlich eine scharfe Oppositionsrede gegen die Außenpolitik, die deutschnationalen Minister mit zu verantworten haben. Spahn, der im Auftrag seiner Fraztion redete, ist mit allem, was in Genf geschehen ist, unzufrieden. Das ist der Teil der Rede, der für die deutschnationalen Wähler im Lande draußen bestimmt ist. Im anderen Teil der Rede wird dann aber gelobt, sich auf den Boden der im Völkerbund gefassten Beschlüsse zu stellen. Je länger die Vorlesung sich hinzog, desto leerer wurde das Haus. Schließlich entbrannte sich auch die Minister von der Regierungsbank, bis Spahn endlich geendet hatte.

Einen früheren Zug brachte der Zentrumsredner Prälat Dr. Kaas hinein. Er konnte nicht umhin, festzustellen, daß seit der letzten Regierungskrise und Regierungsbildung eine bemerkenswerte psychologische Vermengung in der Außenpolitik eingetreten ist. Kaas sagte den deutschnationalen manche Bosheit und warnte den Außenminister, auf deutschnationalen Einflüsse zu hören, sonst dürfte er unterwegs die Zentrumsparade verlieren. Die Debatte zog sich dann stundenlang hin. Neues brachte sie nicht. Nur leistete sich der Kommunist Thälmann noch einen demonstrativen Späß. Während der Rede seines Fraztionsgenossen Stöder brachte er plötzlich ein Hoch auf die chinesische Revolution aus, das aber schwerlich in Schanghai gehört worden sein dürfte. Der gute Thälmann und seine kommunistischen Freunde sehen in China anscheinend nur rote Fahnen, während eine nahe Zukunft zeigen dürfte, daß diese nationale Bürgerrevolution in alles andere eher als in kommunistische Bahnen eintreten wird.

Sitzungsbericht

Berlin, 22. März. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Auswärtigen Amtes. Abg. Kochsch berichtet kurz über

die Verhandlungen des Ausschusses. Dann erblickt das Wort Minister Strefemann

Er beschäftigt sich zunächst mit den Ziffern seines Etats und hofft, daß in Kürze sämtliche Einnahmen aus dem Verkehrsbeschwunden werden und acht dann über zur Erörterung der politischen Lage. Wir sehen in der gesamten Weltlage Entwicklungen, die uns zwingen, bei unseren außenpolitischen Erwägungen nicht nur mehr auch die Faktoren zu berücksichtigen, die außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen liegen. Wir sehen einmal höchst bedeutsame Vorgänge, die sich im Fernen Osten abspielen. Wir sind ferner Zeuge von ersten Auseinandersetzungen zwischen zwei großen Mächten, deren Politik für Deutschland von unmittelbarer Bedeutung ist. Dazu kommen in den letzten Tagen überraschende Nachrichten, die darauf hindeuten, daß auch die mit der Lage auf dem Balkan zusammenhängenden internationalen Beziehungen Elemente der Unsicherheit aufweisen. Man wird gut tun, von den alarmierenden Meldungen, mit denen zunächst über die letzteren Vorgänge berichtet wurde, viel abzurufen. Soweit sich die Dinge bisher von Deutschland aus übersehen lassen, glaube ich nicht, daß irgendwelche akute Gefahr besteht. Ich glaube das insbesondere aus den Meldungen schließen zu können, welche die italienische Regierung uns in diesen Tagen zugehen ließ. Der Wille, Europa vor jeder Kriegsgefahr zu bewahren, hat in allen Ländern so stark Wurzel geschlagen, daß ein Friedensbruch der Weltverteilung verfallen würde. Aber auch die russische Beobachtung der Dinge kann nicht verkennen, daß wir

von einer endgültigen Konsolidierung der allgemeinen internationalen Lage noch weit entfernt sind. Dabei ist die Stellung Deutschlands in diesen großen internationalen Fragen von vornherein eine gegebene. Seit den letzten Jahren hat sich die außenpolitische Lage Deutschlands in weitestgehendem Maße gefestigt. Wir haben infolge dieser Klärung eine feste Grundlage für die Entschlüsse gewonnen, vor die wir uns künftig stellen werden können. Deutschland hat nur das eine große Interesse, daß die Entwicklung nicht unterbrochen und daß die Bemühungen um die Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit am Wiederaufbau Europas nicht gestört werden. Wir können nichts dabei gewinnen, daß Verwicklungen zwischen dritten Staaten entstehen, welche Mächte das auch sein mögen. Wir können ebensowenig wünschen, daß sich die Staaten Europas, wie vor dem Weltkriege, in zwei getrennten Lagern gegenüberübersehen.

Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbindnisse nicht in Betracht, sondern nur eine Politik der Verständigung des Ausganges wiederkehrender Interessen. Es ist für uns eine glückliche Tatsache, daß sich in dieser Beziehung das wohlüberlegte gesamt-europäische Interesse mit dem individuellen Interesse Deutschlands völlig deckt. Daran erlabt sich, daß die Ereignisse, von denen wir sprachen, an der grundsätzlichen Einstellung unserer bisherigen Außenpolitik nichts geändert haben und auch künftig nichts ändern werden. Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den Versailler Vertrag. Damit liegen unsere Wünsche und Ziele offen vor aller Welt zutage. Das wir uns in dieser Situation von jeder unnötigen Einmischung fernhalten haben, versteht sich von selbst. Soweit aber Deutschland zu einer Mitwirkung berufen sein sollte, kann unser Bemühen nur darauf gerichtet sein, zur Befestigung jener Stimmung das unsrige beizutragen. Wir können darauf rechnen, daß dieser deutsche Standpunkt in der Welt Verständnis finden wird. Das möchte ich besonders betonen gegenüber manchen Ansichten, die dahin gehen, daß bei einer Auseinandersetzung zwischen dritten Mächten versucht werden würde, Deutschland auf die eine oder andere Seite zu ziehen.

Es gehört in den Zusammenhang dieser großen allgemeinen Frage, daß ich noch auf einen Einzelfpunkt hinweise, der bei der Stellung Deutschlands gegenüber etwaigen Konflikten dritter Mächte von Wichtigkeit sein könnte. Zu meiner Uebersetzung haben einzelne russische Zeitungen plötzlich wieder die altbekannte Frage aufgeworfen, ob Deutschland bei Verhandlungen in östlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten den

Durchmarsch durch deutsches Gebiet zu gestatten habe. Diese Frage ist aus Anlaß der Locarno-Debatte hier so ausgiebig behandelt worden, daß es nicht nötig ist, darauf noch einmal in allen Einzelheiten einzugehen. Für die Frage des sogenannten Durchmarschrechtes kommt ausschließlich der bekannte Artikel 16 der Völkerbundsstatuten in Betracht, und zwar nach Maßgabe der ebenfalls bekannten Note, die die übrigen Locarnomächte hinsichtlich der Tragweite dieses Artikels an Deutschland gerichtet haben.

Wenn ich von den allgemeinen weltpolitischen Fragen zu den einzelnen deutschen Fragen übergehe, so kann ich auch hier feststellen, daß die Komplikation jener Beziehungen nichts geändert hat und nichts ändern kann an der Art und Weise, mit der wir die Lösung dieser deutschen Fragen anzustreben haben. In dieser Hinsicht besteht das außenpolitische Programm, das der Reichsanwalt vor wenigen Monaten dem Hause mitgeteilt hat, auch heute noch in jedem Wort zu Recht. Seitdem ich von dieser Stelle aus das letztemal über die uns unmittelbar interessierenden Probleme der Außenpolitik gesprochen habe, hat Deutschland an zwei Tagungen des Völkerbundesrates

teilgenommen. Die Ergebnisse dieser Tagungen sind im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages ausführlich beraten worden. Sie umfassen die Fragen der Regelung des Investitionsprotokolls, insbesondere die Befestigung der oft diskutierten „clements stabiles“ im Rheinland, die Aufhebung der Militärkontrolle über Deutschland, die inwärtigen Tatsache geworden ist, sie umfassen den für spätestens Juni vorgesehenen Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet und die Errichtung des dortigen Bahnhofs, ferner Fragen der Behandlung deutscher Minderheitsschulen im Ausland.

Die beiden Tagungen des Völkerbundesrates haben einen neuen Beweis dafür gebracht, wie richtig der Entschluß war, Deutschland durch Eintritt in den Völkerbund die Möglichkeit dieser aktiven Mitarbeit zu geben. Wir sehen unsere Mitarbeit im Völkerbund keineswegs nur als ein aus vorläufigen Gründen gewähltes Mittel an, unsere Sonderinteressen zu fördern. Die Deutschland berührenden Fragen stehen aber auch im Völkerbund besonders in der vordersten Reihe, weil der Völkerbund neben seinen großen allgemeinen Aufgaben auch zum Vollstrecker einer Reihe von Bestimmungen des Versailler Vertrages gemacht worden ist und wir selbstverständlich in diesen Fragen als Sachwalter unserer eigenen Angelegenheiten auftreten. Das haben wir im Dezember und am Anfang dieses Monats getan, und das werden wir müssen wir weiterhin tun.

Gewiß ist es uns nicht in allen bezeichneten Fragen gelungen, den deutschen Standpunkt reiflos zur Geltung zu bringen. Wir haben uns bei Aufrechterhaltung unseres Rechtsstandpunktes in einigen wichtigen Punkten zu Kompromissen gezwungen, in offener und ausführlicher Diskussion unserer deutschen Standpunkte und die Kritik der Tätigkeit des Völkerbundes in früheren Zeiten bestimmt zum Ausdruck zu bringen.

Es setzt von der Stabilität des Völkerbundes, daß der Völkerbundrat sich durchaus tragfähig erwiesen hat für die offene Diskussion, wie sie letzten dort stattgefunden hat. Gerade diese offene Diskussion im Völkerbundrat und die im Anschluß an jede Völkerbundtagung gegebene Möglichkeit zu offener vertrauensvoller Aussprache mit den leitenden Staatsmännern anderer Staaten berechtigen uns zu der Erwartung, daß der lokale Verständigungswille, den wir bei Erörterung dieser Fragen gezeigt haben, auch von der Gegenseite in den großen Fragen bewiesen wird, deren Lösung noch vor uns liegt. Sie wissen alle, an welche Fragen ich dabei denke. Wir waren zu der Hoffnung berechtigt, daß man auch in denjenigen Ländern, die noch Truppen im Rheinland stehen haben, zu der Erkenntnis gekommen wären, daß eine

balbige Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland eine Notwendigkeit wäre. Wir stehen heute vor der Tatsache, daß wir uns in den letzten Monaten von der Erfüllung dieses Wunsches eher entfernt haben, als daß wir ihr näher gekommen wären. Ich will an dieser Stelle und zu dieser Stunde auf die Ursachen, die hierzu geführt haben, nicht eingehen. Sie liegen außerhalb und nicht innerhalb Deutschlands. Wenn ich als Außenminister angesichts des augenblicklichen Standes der Dinge dazu rate, die weitere Entwicklung der Dinge ohne Ausdrücke der Ungebild abzuwarten,

so weiß ich, wie leicht ein derartiger Standpunkt sich kritisieren läßt. Ich bitte Sie aber das Wort „abwarten“ nicht gleichsam mit dem Gedanken passiver Resignation der Resignation. Es handelt sich dabei vielmehr um die natürliche Folgerung der bisherigen politischen Entwicklung, um eine Konsequenz, die im Interesse aller beteiligten Länder liegt. Man kann diese Konsequenz nicht lange hinausschieben, wenn jene Entwicklung nicht abgebrochen werden soll. Es gibt in dieser Forderung keine Differenzierung unter den deutschen Parteien. Sie ist eine Forderung des gesamten deutschen Volkes.

Ich nehme an, daß eine große Reihe von Fragen, die ich in dieser kurzen Erklärung nicht berührt habe, Gegenstand der Debatte sein werden, und daß diese Debatte mir Gelegenheit geben wird, auf alle wichtigen Fragen einzugehen, die über die außenpolitische Lage an mich gestellt werden. Mir lag daran, in dieser Stunde der Entwicklung großer europäischer Fragen mich auf die wesentlichen Gesichtspunkte zu beschränken, und ich hoffe zugleich, im Namen der Reichsregierung, daß der deutsche Reichstag in der Beurteilung dieser Fragen mit mir eintreten wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

Ich habe seiner Sorge wegen der drohenden Wolken am außenpolitischen Horizont Ausdruck. Immerhin habe der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Befestigung der Militärkontrollen die Ansichten einer Verständigung mit Frankreich verändert und auch innerpolitisch sei die Zustimmung der deutschnationalen zur Völkerbundsstatuten ein Fortschritt. Denn vorher habe doch Herr Herget erklärt, im Völkerbund könne man eine deutsche Politik nicht machen. (Stört! hört! bei den Soz.) Der Redner betont: Deutschland ist nicht stark genug, eine Politik der Isolierung zu treiben. Auch enge Freundschaft mit Rußland würde nicht verhindern, daß wichtige politische Entscheidungen ohne oder gar gegen uns fallen. Wir wünschen deshalb nur, daß der Völkerbund möglichst unparteiisch wird.

Aus der deutschen Abklärung müssen die Konsequenzen auch vom Ausland gezogen werden. Eine Rückende es jedenfalls bedeuten, wenn Rußland bei den Abrüstungsverhandlungen fehlt. Der Abwesende hat immer unrecht. Das gilt für Amerika weniger, weil man auf den Gläubiger Rücksicht nehmen muß. Wir bebauern, daß der

Wälterbund in China noch nicht so eingreifen kann, daß eine Friedensgefährdung durch die innerchinesischen Kämpfe von vornherein ausgeschlossen wird. Selbstverständlich ist die russische Sympathie ebenso wie die untrügliche für den Kampf der Chinesen um ihr Selbstbestimmungsrecht. Aber jede Revolution hat die Tendenz, ihre eigenen Grenzen zu überschreiten, und objektiv muß sich England bedroht fühlen. Die konservative Partei in England hat allerdings schwere Fehler gemacht, namentlich die letzte englische Note an Rußland war ein solcher Fehler und endete deshalb mit einem Prestigeverlust der englischen Politik. Unsinns ist aber die Behauptung, der englische Außenminister habe versucht, Deutschland in eine kriegerische Koalition gegen Sowjetrußland hineinzuziehen. Wenn aber solche Absichten wirklich vorhanden waren, so müßten wir sagen, kein Preis, den England zahlen könnte oder wollte, kann hoch genug sein, daß wir uns an einer solchen Koalition beteiligten. (Zurufe bei den Kommunisten: Ja, ja!) Wir denken aber auch nicht daran, uns zum Vorposten Rußlands in Europa zu machen oder der Ausdehnungsdrang der Sowjets anders gegenüberzutreten als dem des englischen Kapitalismus. Die Forderung der Molotov, das Reich soll für einen 10-Millionen-Kredit geben, ist wirtschaftlich nicht begründet, und eine außenpolitische Begründung erkennen wir nicht an. Was hat uns 1923 unsere turmbauartige Freundschaft mit Rußland genützt? Der Redner beantwortet dann eine Verständigung mit Polen.

Den jüdisch-italienischen Konflikt führt er auf freibewilligende Absichten Mussolinis zurück. Deutschland müsse neutral bleiben, der Wälterbund aber für eine schnelle Beilegung sorgen, sonst müsse unter Umständen auch Deutschland an den Wälterbund angeschlossen werden. Die letzten Genfer Verhandlungen seien zweifellos ein deutscher Mißerfolg gewesen, aber die Deutschnationalen seien jetzt, da sie nicht mehr in der Opposition seien, still geworden. Die Reichsregierung habe das Recht auf Zurückziehung der fremden Truppen im Saargebiet aufgegeben, beide Parteien hätten mit einem Kompromiß eingewilligt. Das sei ein bedenkliches Präzedenz für spätere Kämpfe um deutsche Rechte. Sie, so ruft der Redner den Deutschnationalen zu, erfüllen in viel stärkerem Maße als wir; wir haben unserer Meister gefunden. (Beifall.) Mehr war allerdings in Genf nicht zu erreichen. Allerdings ist

die Anwesenheit der Deutschnationalen in der Regierung die schwerste Hemmung für die Verhandlungen. Trotzdem verlangen wir die Befreiung der Rheinlande und rufen den Franzosen zu: Eure Angst ist nicht begründet. Die Deutschnationalen verdrängen heute, was sie gestern angebetet haben. Allerdings muß man fürchten, daß die Deutschnationalen auch wieder umfallen, wenn sie in der Beteiligung an der Regierung keinen innerpolitischen Vorteil mehr erblicken. Wir werden versuchen, Deutschland auf dem Wege des Friedens und der Verständigung zu erhalten. (Beifall d. d. Sos.)

Minister Stresemann:

Die italienische Regierung hat uns gestern ein abememoire überreicht, worin sie darauf hinweist, daß sie keinerlei Notwendigkeit sehe, irgendwelche Gegenmaßnahmen gegen die militärische Aktion Südtirols zu ergreifen. Die Note betont Italiens Friedenswillen. Wenn Dr. Brüning sich von einer offen zugrunde liegenden Absicht des italienischen Diktators gesprochen hat, so bedauere ich das. Denn angesichts der Gesamtverhältnisse Europas haben wir alle Veranlassung, die nur offiziell abgegebenen Erklärungen einer Regierung nicht in Zweifel zu ziehen.

Hr. Dr. Spahn (D.Nat.):

erklärt im Namen seiner Fraktion: Welche Kreise des Volkes hätten von den letzten Genfer Verhandlungen nicht nur eine befriedigende Regelung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen, sondern eine wirksame Förderung des deutschen Anspruchs auf baldige Räumung von Rhein- und Saargebiet erwartet. Bedauerlicher Weise seien diese Erwartungen enttäuscht worden. Auch die für Deutschland besonders wesentlichen Beschlüsse des Wälterbunds über die Verhältnisse im Saargebiet und in Oberschlesien seien für Deutschland unbefriedigend. Es sei Aufgabe der deutschen Politik, im Wälterbundsrat das deutsche Recht selbst dann zu wahren, wenn im Augenblick dafür die Mehrheit noch nicht zu erreichen sei. Die statt dessen geschlossenen Kompromisse seien auch praktisch unbefriedigend. Der sogenannte Bahnplan sei nur eine andere Form militärischer Besetzung. Ebenso bedeute die Entscheidung über die ober-schlesischen Schulkinder eine Nichtachtung des völkerrechtlich gesicherten Anspruchs der Eltern und eine Verletzung der nationalen Verhältnisse in Oberschlesien. Die gefassten Beschlüsse des Wälterbundsrats, für die das Kabinett die Verantwortung übernommen hat, sind namentlich auch für uns die geschehenen Grundlagen für unsere weitere Arbeit. Dabei geben wir der Erwartung Ausdruck, daß Außenminister und Kabinett in enger Fühlung miteinander dafür sorgen, daß der deutsche Rechtsstandpunkt bei den weiteren Verhandlungen im Wälterbund eingehalten wird. Die Aufrechterhaltung der Bahnpläne hat nach den von Deutschland gegebenen Sicherheiten jeden Sinn verloren; sie steht mit dem neuen Geiste, der das Gelingen der Verhandlungen sein sollte, in unlösbarem Widerspruch. Ihr Aufheben ist eine unerlässliche Voraussetzung der Verständigung und Befriedigung, die nach den wiederholten und feierlichen Erklärungen aller Staatsmänner von allen Mächten erstrebt wird. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Hr. Raas (Str.) erklärt: Im Gegensatz vom März des vorigen Jahres kommt der Außenminister mit einem positiven Ergebnis, das charakteristisch ist durch einen Kompromiß, der objektiv wenig befriedigend ist. Gegenüber der starken Aktivität der deutschen Außenpolitik in den vergangenen zwei Jahren besteht heute das Gefühl einer bedenklichen Verfestigung. In dieser an sich wenig vorteilhaften Entwicklung bildet die Regierungsumbildung ein erschwerendes Moment. In einem Augenblick, wo jede Regung des Mißtrauens in Ausland gegenüber der parteipolitischen Struktur Deutschlands als eine Erschwerung der im Auge befindlichen außenpolitischen Aktionen sich auswirken mußte, haben meine politischen Freunde den Weg der Rechtserweiterung des Kabinetts nur mit Widerstreben gewählt. Wir werden uns auch in Zukunft nur von dem Bestreben leiten lassen, den Gang der deutschen Außenpolitik in den Bahnen der Vergangenheit zu halten und uns durch keine Rücksicht, auch nicht durch die Erhaltung einer bestimmten Form der Regierungskoalition, davon abhalten lassen, von allen Parteien der jetzigen Regierung die höchsten Einflüsse der Abmachungen zu verlangen, die vor dem Zustandekommen der heutigen Koalition vereinbart wurden. Zu dem Abbruch der Handelsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen erklärt der Redner, daß seine politischen Freunde bei aller Beurteilung der polnischen Intransigenz den Abbruch der Handelsverhandlungen aufs Tiefste bedauern. So wenig wir daran denken, an den grenzpolitischen Rechtsansprüchen Deutschlands gegenüber Polen irgendwo rütteln zu lassen, so müssen wir doch die Schaffung friedlicher Wirtschaftsbeziehungen mit Polen fordern. In der Frage der ober-schlesischen Schule glauben wir uns mit der Haltung der deutschen Delegation, wenn auch nur widerstrebend, abfinden zu können, ohne uns aus unserem lokalen Borgehen die entsprechenden Forderungen zu ziehen. — Zur Saarfrage erklärte der Redner, daß die Saarbestimmungen des Versailler Vertrages heute schon als ein klarer Beschluß bestehen und daß die Volks-

abstimmung für die Gegenseite vollständig hoffnungslos ist. Die deutsche Delegation müßte in Genf den Weg des Kompromisses gehen. Immerhin sind wesentliche Dinge erreicht worden. Ob das von Deutschland in Genf abgegriffene Opfer sich lohnen wird, läßt sich zurzeit nicht beurteilen. Es wäre umsonst gebracht, wenn nicht in Frankreich der Geist Fortschritt macht, für den der in Locarno, Genf und Thoiry Angefangene waren. Die gänzliche Räumung des Rheinlandes ist unbedingte Voraussetzung für das Zustandekommen einer Annäherung der beiden Nachbarvölker. Bezüglich des Verhältnisses zu Rußland erwartet der Redner, daß an der Politik des Vertrags von Rapallo und des Berliner Übereinkommens festgehalten werde. Deutschlands Verhalten gegenüber dem Balkan-Konflikt ist vorgeschrieben durch die Gebote der Menschlichkeit und Selbstbehaltung. Deutschland will den Frieden für sich und Europa. Wir erwarten, daß der Wälterbund nicht untätig bleibt, während an verjährten Stellen Europas die Feuerherde aufsteigen beginnen. Auf die lokale Mitarbeit Deutschlands für die Erhaltung des Friedens wird man im Ausland unbedingt rechnen können.

Hr. Freyler v. Rheinböden (D.N.) trat die Einbringung von Kleinen Anträgen auf außenpolitischem Gebiet an, für die auch der Reichsaussenminister Interesse habe, da er dann öfter Gelegenheiten habe, die Stellung der Regierung bekannt zu machen. Wir halten das Ergebnis von Genf keineswegs für befriedigend, denken aber dem Außenminister, daß er in tatkräftiger und würdiger Vertretung der deutschen Interessen das erreicht und durchgesetzt hat, was erreichbar war. Hinsichtlich Oberschlesien müßte der deutsche Rechtsstandpunkt gewahrt werden. Den Saarländern rufen wir zu: Haltet nur noch eine kurze Zeit aus! Das deutsche Volk hat die gewisse Hoffnung, daß die Besetzung bald beendet ist. (Beifall bei den Deutschnationalen.) Mit innerpolitischen Vorgängen hat das Ergebnis von Genf gar nichts zu tun. Es ist lediglich darauf zurückzuführen, daß ein Umsturz in der außenpolitischen Einstellung Frankreichs wahrzunehmen ist. Das Locarno keine Fortsetzung gefunden hat, liegt daran, daß England durch andere weltpolitische Fragen zu stark beschäftigt ist. Der Sinn der Locarno-Verträge liegt darin, daß die geschlossene Front gegenüber Deutschland durchbrochen ist. Erst jetzt könne man wieder europäische Politik treiben. Wir müssen mit den anderen Großmächten zusammenarbeiten, und dabei dürfen wir nicht immer nur nach Frankreich blicken, sondern auch nach England und Italien, das unter Mussolini erstarrt. Nebenfalls muß eine neue Gruppenbildung vermieden werden, damit Deutschland nicht unter den Schiffen gerät. Wir verlangen den Rückfall der Saargraben, ohne daß ein einziger französischer Soldat dort bleibt. Wir wollen eine freundschaftliche Verständigung über die Räumung. Zurückweisen müssen wir die französischen Andeutungen, daß im geräumten Rheinland irgendwelche Kommissionen oder andere Organe zurückbleiben könnten. In dieser Hinsicht sind Wortlaut und Sinn des Versailler Vertrages völlig einwandfrei.

Hr. Stöcker (Komm.) führte aus, Briand behaupte, er habe ein Durchmarsch durch Deutschland, falls Polen oder die Tschechoslowakei angegriffen würden. Die deutsche Regierung habe das noch nicht bemerkt. Über die deutschen Arbeiter würden sich nicht als Landsnechte gegen Sowjetrußland misbrauchen lassen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Außerdem Haushalt des Reichsministeriums. Die Abstimmungen über den Haushalt des Innenministeriums finden am Mittwoch um 3 Uhr statt. Schluß 8.20 Uhr.

Am die Getränkesteuer

Ein Kompromißantrag der Regierungsparteien
Berlin, 22. März. (Ein. Drabt.) Innerhalb der Regierungsparteien bestanden gegen die Gestaltung der Gemeindegetränkesteuer erste Differenzen. In der Dienstags-Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages wurde nun ein neuer Antrag der Regierungsparteien vorgelegt, der erkennen läßt, daß man auch in dieser Frage einen Ausweg gefunden hat. Der neue Antrag der Regierungsparteien will den Gemeinden das Recht geben, mit Genehmigung der Landesregierung Steuern auf den örtlichen Verbrauch von Bier zu erheben. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn sichergestellt ist, daß die entsprechenden Einkünfte an andere Gebiete, insbesonders an den Gebiet der Grund- und Gebäudesteuer und Gemeindefiskus ausgeglichen ist. Die Steuern dürfen nur vom Hersteller des Bieres oder demjenigen erhoben werden, der Bier in die Gemeinden einführt. Sie dürfen 7 Proz. des Verkaufspreises nicht übersteigen.

Dieser Antrag ist eine neue Maßnahme auf Bayern und auch nach in gesteigertem Maße ansehbar. Die Zurs-Getränke, Gett, Wein und Brauntwein, dürfen künftig von den Gemeinden nicht mehr befreit werden. Bei dem Bier, dem Getränk des kleinen Mannes aber, ist die Besteuerung zulässig wird sie zum Teil sogar zermasweise herbeigeführt werden. Und das alles, weil bei einer Besteuerung des Bieres durch die Gemeinden Bayern besser fährt, als bei einer Besteuerung des Bieres durch das Reich. Immer deutlicher wird die Verschärfung der unsozialen Tendenz auch innerhalb des Verbrauchssteuerwesens. Soweit der Verbrauch Zursverbrauchs ist, wird er gesteuert, soweit er Massenverbrauch ist, aber be-nachteiligt. Deshalb ließ der Redner der Sozialdemokratie Hr. Simon-Schaden seinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie den Antrag der Regierungsparteien auf das stärkste bekämpfen werde. Ihm schloß sich der Hr. Richter (Dem.) an. Die Regierungsmehrheit aber ging über alle sachlichen Einwendungen hinweg und nahm ihren Antrag an.

Sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung des Roggenzoll

Berlin, 23. März. (Friedrich.) Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages befaßte sich am Dienstag mit dem sozialdemokratischen Antrag, den Roggenzoll bis zum 30. Juni ds. Js. aufzuheben. Verbunden damit war die Beratung des demokratischen Antrags, den Zoll für Futtergerste und Wals fallen zu lassen. Die Vertreter aller bürgerlichen Parteien sprachen sich gegen den Antrag aus. Das galt auch für die Demokraten. Der Antrag wurde infolgedessen trotz der Forderung der sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt. Damit hat aber die Sache noch nicht ihr Ende. Vielmehr findet am Freitag eine neue Sitzung statt, in der von der Regierung darüber Auskunft gegeben werden soll, was die Getreidehandelsverhältnisse im ersten Jahre ihres Bestehens getan hat, wie sie vor allem die 30 Millionen Mark verwendet hat, die ihr zur Bewilligung des Getreidepreises zur Verfügung gestellt worden sind.

Scharfes Vorgehen gegen die Salentrenkler von Lichterfelde

Berlin, 22. März. Gegen die sechs verwundeten Nationalsozialisten, die an den blutigen Ausschreitungen auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost am Sonntag beteiligt waren, hat man, wie die „A. Z.“ erzählt, ein Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet.

Deutschland und die Abrüstungskonferenz

Nede des deutschen Delegierten in der Kommission Genf, 22. März.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz gab Graf Bernstorff eine grundsätzliche Darstellung des deutschen Standpunktes zum Abrüstungsproblem. Er betonte mit allem Nachdruck, daß nach den vielen vorangegangenen Verhandlungen der Sachverständigen nun auch die Tatsachen folgen müßten. Wir müssen, so fuhr Bernstorff fort, uns klar darüber sein, daß die Wille sämtlicher bereits abgerüsteter Staaten und kleiner Staaten auf Genf gerichtet seien. Gerade die Staaten, die auf Grund internationaler Verträge abgerüstet hätten, also in erster Linie Deutschland, haben ein Recht darauf, daß nunmehr die allgemeine Abrüstung folgt, nachdem zumal die deutsche Abrüstung reiflos durchgeführt ist. Diese Abrüstung sollte auch nach dem Versailler Vertrag die Einleitung zur allgemeinen Abrüstung sein, wie das auch von mehreren Delegierten dieser Kommission ausgesprochen wurde.

Mit Betriedigung befaßten wir den praktischen Vorschlag von Lord Robert Cecil, auf dessen durchdachten Entwurf noch näher einzugehen sein wird. Von den zwei Fragen des Programms der Herabsetzung der Rüstungen ist die letzte weniger aktuell, da wenigstens gegenwärtig kein Wettstreit erfolgt. Was aber uns am meisten, ist das Gleichgewicht übermäßiger Rüstungen und die Gefahren des unausgeglichenen Rüstungsniveaus. Die Lösung des Abrüstungsproblems ist der Prüfstein für den Wälterbund.

Eine polnische Erklärung.

In der heutigen Nachmittags-Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz führte nach der Erklärung des deutschen Delegierten der polnische Delegierte Gosal u. a. aus, daß Polen sich voll der Auffassung des englischen und des französischen Vertreters anschließe, nach der die gegenwärtige Lage der Abrüstungskommission unter allen Umständen zu praktisch greifbaren Resultaten gelangen müsse. Gosal wies sodann darauf hin, daß Polen im 17. und 18. Jahrhundert als völlig entwickelte Nation sich zwischen großen und schwererüsteten Mächten befunden habe. Dieser Zustand der völligen Entwertung eines einzelnen Staates zwischen schwererüsteten anderen Staaten haben dann zu der geschichtlich bekannten Katastrophe Polens geführt. Polen sei grundsätzlich bereit, an der Abrüstung mitzuwirken. Es müsse jedoch fordern, daß die allgemeine Abrüstung mit allen Garantien der Sicherheit ausgestattet sei. Nur so werde die allgemeine Abrüstung zu positiven Ergebnissen führen.

Das Arbeitszeitnotgesetz

Berlin, 23. März. (Friedrich.) Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien über das Arbeitszeitnotgesetz am Dienstag haben endlich zu einem Kompromiß geführt. Die „Tägliche Rundschau“ sagt darüber, daß nach diesen Vereinbarungen in dem § 10 eine Bestimmung aufgenommen worden ist, die die Leistung von Mehrarbeit zuläßt, wenn die Unterbrechung der Arbeit schwerwiegende Nachteile im Gefolge haben würde. Die Formulierung des Kompromisses ist einer Redaktionskommission übertragen worden. Die den Wortlaut nach festlegen wird. Weiter ist im § 12 die Frage „Saisonarbeit“ geregelt worden und zwar in dem Sinne, daß in den wichtigsten Arbeitszeigen, in denen die arbeitsfähige Arbeitszeit während eines Teils des Jahres nicht erreicht wird, in anderen Jahreszeiten, in denen besondere Anforderungen gestellt werden, die Arbeitszeit überschritten werden kann. Die einzelnen Bestimmungen sollen dem Reichsarbeitsminister überlassen werden.

Auf der anderen Seite wird die Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden, daß für jede Mehrarbeit ein Lohnzuschlag bewilligt werden muß. Man wird es den ver-tragsschließenden Parteien überlassen, in welcher Höhe der Zuschlag festgelegt wird. Wird keine tarifliche oder sonstige Vertragsabmachung erzielt, so soll ein angemessener Zuschlag in Kraft treten. Als solcher soll ein Zuschlag von 25 Proz. des Arbeitslohnes. Die Stellungnahme der Arbeitnehmer zu ihm kann nicht zweifelhaft sein.

Die Lage in China

Einnahme Nanjing

London, 22. März. Wäntermeldungen aus Shanghai zufolge wird die Einnahme Nanjings durch die Kantoneesen gemeldet, die dadurch Herren Chinas südlich des Yangtsiekiangs werden.

Die Herren von Shanghai

London, 21. März. (Ein. Bericht.) Shanghai ist seit Montag in Händen der Kantonomie. Die Wegnahme der Ein-geborenenstadt begann nicht mit der regulären Vorhut, sondern mit der Besetzung wichtiger Punkte wie Post-, Polizeistationen usw. durch Angehörige der Kuomintang-Armee, die in Zivil verkleidet in die Stadt eingedrungen waren. Dieser organisierten Ziviltruppe der Kantonomie folgte dann die reguläre militärische Vorhut in den frühen Stunden des Vormittags. Die Eingeborenenstadt steht völlig unter der Kontrolle von Kuomintang. Dort, wo Anhänger der Nordarmee Widerstand zu leisten versuchten, kam es zu ersten Zwischenfällen. So wurde eine Polizeistation, die Widerstand leistete, von den Kantoneesen in Brand gesetzt, sobald alle Anzeichen des Todes in den Flammen fanden. Der erste Zusammenstoß mit den ausländischen Truppen erfolgte, als eine Abteilung indischer Infanterie auf Motormagazinen außerhalb der internationalen Niederlassung in die Verteidigungsstellung gebracht wurde. Die Abteilung wurde beschossen, ein indischer Soldat getötet und zwei verwundet. Das Feuer war allerdings von nicht regulären Kantontuppen abgelesen worden. Ein ersterer Zusammenstoß ereignete sich außerdem gegen Abend des Montag, als Anhänger der gescheiterten Nordarmee in die internationale Niederlassung eindrangen und zu plündern begannen. Zwei kritische Punkte wurden hier in einen Kampf verwickelt, wobei ein Offizier und zwei Soldaten verwundet wurden.

London, 22. März. Reuter meldet aus Shanghai: 50 000 Mann der Shanghai-Streikkräfte plündern die Chinesenstadt, wo eine vollkommene Schreckensherrschaft besteht.

Streiks in Shanghai und Hanau

Shanghai, 22. März. Die Zahl der Streikenden hat sich auf 150 000 Personen erhöht. — Alle chinesischen Angestellten der ausländischen Banken in Hanau sind in den Streik getreten. Streikposten haben vor den Bankgebäuden Aufstellungen genommen und drohen den europäischen Angestellten, ihnen ihre Lebensmittel wegzunehmen, wenn sie ihre Arbeitstätigkeit nicht verlieren.

Alarm!

Von Hermann Wendel

Das Wort des Hauptmanns Deveroux in Schillers Wallenstein: „Freund, jetzt ist's Zeit zu säumen!“ wird zum Gebot der Stunde. In der Tat, es heißt die Gloden läuten, die Sirenen schrillen, die Nebelhörner tuten, die Raketen steigen zu lassen, damit auch der Taubste und Blindste aufgeschreckt wird. Europa befindet sich in politischer Erdbegängelfahrt, und wieder droht sie wie in früheren Jahren von Südosten, nur daß als Friedensstörer Italien an Oesterreich-Ungarns Stelle, der Faschismus an die Stelle der Habsburger getreten ist. Bei der Unberechenbarkeit von Mussolinis Politik kann die Note, durch die er bei den verschiedenen Regierungen über die Angriffsvorbereitungen und Angriffsabsichten Südblawiens gegen Albanien Beschwerde führt, nicht ernst genug genommen werden: wenn sie droht, daß Italien bei einem solchen Vorgehen des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen nicht neutral bleiben könne, riecht das bedenklich nach Pulver.

Wäre die europäische Presse besser über die Dinge des Balkans unterrichtet als sie leider zu sein pflegt, so hätte sie sofort erkannt, daß es sich bei den Behauptungen Mussolinis um eine Retourkutsch handelt. Anfangs März nämlich schlug die Belgrader und Agammer Presse Alarm, weil für das Frühjahr Bandeneinfälle auf südblawisches Gebiet geplant würden. Natürlich hakte die MAD oder innere Mazedonische Revolutionäre Organisation dahinter, aber Ausgangspunkt sollte diesmal nicht das bulgarische, sondern das albanische Territorium sein und als Anführer der Aktion wurde Mussolini genannt, der derart den unbeherrschten Gegner seiner imperialistischen Balkanpolitik, Südblawien, festlegen wollte, um in Albanien die Hand für ein weiteres Spiel zu haben; von Besprechungen Protogeros, eines der einflussreichsten Führer der MAD in Rom und auch über die Sammelpunkte der Banden machten die südblawischen Blätter so genaue Angaben wie über ihre Ausstattung mit italienischen Waffen. Die Note der römischen Regierung dreht also einfach den Spieß um, wenn sie jetzt die Südblawen beschuldigt, albanische Freischärlertruppen zum Angriff auf Tirana und zum Sturm Ahmed Zogus auszurufen.

Um zu erkennen, auf welcher Seite die Schuld liegt, genügt es, die alte Kriminalistenfrage aufzuwerfen: cui bono? Wer hätte den Vorteil von einem Aufstand in Albanien? Ganz gewiß nicht in Belgrad wie in Wien und anderen Städten albanische Emigranten, die der Diktatur Ahmed Zogus alles Übelste wünschen, und falls sie in der Vergangenheit die Möglichkeit gehabt hätten, den Tyrannen von Tirana zu stürzen, wäre ihnen nicht nur die wohlwollende Duldung der südblawischen Machthaber sicher gewesen. Aber heute vernachlässigt nur der Wahnsinn die Entfesselung eines Aufstandes gegen Ahmed Zogus zu unterstellen, denn jede Schilderhebung gegen den Despoten führt herbei, was Südblawien um jeden Preis verbieten muß: die militärische Befreiung Albanien durch Mussolini und die vollständige Verwandlung des Landes in eine italienische Kolonie. Vollenbs sind auch die Nachrichten des „Journal d'Italia“ über Kriegsvorbereitungen Südblawiens gegen Italien Rindermärchen. Nicht nur ist das jahresmäßige Mißverhältnis zwischen der Bevölkerung Südblawiens und Italiens — 12:40 Millionen! — allzu groß, als daß für Belgrad der Appell an die Waffen in Frage käme, sondern Mussolinis Politik ist es auch gewesen, durch sein Bündnis mit Rumänien, durch seine Beziehungen zu Ungarn, durch seinen Einfluß auf Bulgarien einen Ring um Südblawien zu schmieden, den es nur schwer zu durchbrechen vermag.

Auf der anderen Seite heimfte die imperialistische Politik Italiens von einem Aufstand in Albanien alle Früchte ein, weil er ihr den Anlaß zu Truppenlandung und Besitzergreifung in einer Form lieferte, die selbst ein Einverständnis des Völkerbundes erschwerte, denn durch den Vertrag vom November 1926 ermächtigt die Regierung von Tirana im Falle innerer Unruhen Italien zu einem solchen Vorgehen. Die Erinnerung an die Vorkämpfer vom Schlage des Obersten Garibaldi, mit denen der Faschismus unlängst in Frankreich gearbeitet hat, legt darum die Vermutung nahe, daß solche schmutzigen Finger im Spiele sind, wenn wirklich über kurz oder lang ein Feuer in Albanien aufflammt. Auch ist es Italien, das nicht erst seit gestern trankehafte militärische Rüstungen betreibt, und das käufliche Verlagen des Faschismus angeht die Wirtschaftskrise mit ihren Konturen und ihrer halben Million Arbeitsloser gibt den psychologischen Grund, warum Mussolini gerade jetzt der Ablenkung nach außen bedarf und vielleicht sogar nach kriegerischen Vorberer trachtet.

Durch die Rückendruckung, die England ganz offensichtlich dem Mussolinismus gewährt, wird die Lage nicht vereinfacht; indem die „Times“ sofort, ohne die Beschuldigungen der italienischen Note auch nur zu prüfen, den bösen Südblawen wie Friedensbrechern ins Gewissen zu reden begann, wurde die römische Auftrumpfpolitik ermutigt. England ist mit Italien eben nicht nur durch ein gemeinsames Ausbeutungsinteresse geeint, da beide in Albanien große Petroleumkonzessionen besitzen, sondern mehr noch teilen die Londoner Herren der Welt — ganz wie einst im Mai! — den Balkan der italienischen „Interessensphäre“ zu, weil Mussolini ihr bewährter Landstrecke gegen die russischen Sowjets ist. Sinnüberberr liegt England jetzt nichts an einem Krieg im Südbalken Europas, der leicht andere Teile des Kontinents ergreifen könnte, und darum bleibt die Hoffnung, daß der Brand im Entfesseln ausgetreten wird. Der Appell der südblawischen Regierung an den Völkerbund weist einen gangbaren Weg.

Aber wenn auch die Kanonen nicht ihren Mund auf tun, ist es doch Pflicht aller Friedensfreunde, das Alarm signal zu geben. Durch die imperialistische Politik Italiens auf dem Balkan wird die Kriegsgefahr in permanens

Fememordprozeß Wilms

(Zweiter Tag)

Berlin, 21. März. (Ein Bericht.) Der Fememordprozeß Wilms nimmt immer größere Ausdehnung an, da die Verteidigung stets weitere Beweisanträge stellt. Am Montag entschied sich das Gericht vor der öffentlichen Verhandlung in geheimer Sitzung dahin, zunächst den Berliner Polizeipräsidenten Dr. Weich zu hören, und die Zeugnisse a. D. Knüppel, Janke und Deon als Zeugen laden zu lassen.

In öffentlicher Sitzung wurden dann die beiden im Fememordprozeß Panier zum Tode verurteilten und später zu lebenslänglichem Zuchthaus Begnadigten Bann und Stein vernommen. Zuerst wurde noch einmal der Fall Panier erörtert. Bann gibt an, dem Feldwebel Schirmann damals den Auftrag gegeben zu haben, den geflüchteten Panier von der Polizei abzuholen. Nachdem er aus einer Barade geflohen war, habe er ihn persönlich von der Polizei, die ihn wieder verhaftet hatte, abgeholt. Auf Veranlassung v. Sendens sei er dann entlassen worden, „zur Beileidung“ habe er ihm aber wieder Schirmann mitgegeben. Erst später habe er erfahren, daß Panier von Schirmann, dann und Nichtenstanz im Wald erschossen worden sei. In Bezug auf den Fall Wilms erklärte Bann, Büchling habe ihm später erzählt: „Wir haben den Wilms erschossen.“ Seinen Rat, sich an Schulz um Hilfe zu wenden, habe Büchling aus Angst abgelehnt, dieser könne ihn hochgeben lassen. Stein dagegen behauptet, daß Bann ihm gestanden habe, Schulz habe die Sache mit Wilms so sein eingestellt, daß nur die Oberleutnant Schulz am Gründonnerstag nach Döberitz gekommen sei und mit Gutfreudt getrocknet habe. Daraufhin sei der Wachtmeister Leuner „aufgezogen“ und am selben Abend sei auch der Feldwebel Vos „erschossen“ worden. Bann habe auch vor den Leuten sich dahin geäußert, daß Berräter an die Wand kommen würden. Bann gibt das zu, während er alle anderen Anaben des Stein bestritt. Bann habe auch Stein, als er sich weigerte, die Ermordung des Panier zu leiten, damit zu beschwichtigen gesucht, daß er ihm erklärte: „Der Busch kommt bestimmt. Sie brauchen keine Angst zu haben. Außerdem ist Schulz ein lo gerissener Kerl, daß er die ganze Staatsanwaltschaft einwickelt.“

Weiter erklärt Stein, daß Bann unbedingt von ihm die Beileidung des Panier verlangt habe, sonst komme er selbst daran. Auch Büchling habe ihn, Stein, zur Tat ermuntert und behauptet, von Schulz strengsten Befehl dazu zu haben. Zugabe sei, daß Bann die Ermordung des Panier nicht auf eigene Kappe nehmen, sondern sich erst höheren Orts die Genehmigung holen wollte. Die Offiziere des Kommandos seien zur Division gefahren und nach der Rückkehr habe Bann erklärt, mit der Feme sei alles reiflos geklärt; Berräter müßten alle erschossen werden. In der entscheidenden Sitzung der Offiziere hätten u. a. Schulz und Gutfreudt teilgenommen. Freiherr von Senden habe übrigens erklärt, er würde nie von einem Mord Anzeige machen, zumal die Reichsregierung im Gegensatz zur preussischen Regierung mit dem Femeverfahren einverstanden sei.

Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzungen erzählt Stein u. a., daß Schulz eines Tages mit einem Strohtrupp, acht Mann, mit Pistolen und Handgranaten ausgerüstet, nach Kottbus gefahren sei, um dort „die Kommunisten zu provozieren“. Auf die Frage eines Rechtsanwalts, warum Stein den Mordbefehl Banns nicht der Polizei gemeldet habe, erwidert der Zeuge sehr erregt: „Das hätte man mir doch nicht geglaubt, und wenn ich aus der Polizeiwache herausgekommen wäre, wäre ich wohl nie lebend ins Lager zurückgekommen.“

Anschließend ergänzte der Zeuge Schmidt-Balshaus seine Aussage, indem er die Bekehrung in der Zitadelle in Spandau schilderte. Da die Zitadelle schon einige Tage durch Kriminal- und Schutzpolizei vollständig abgesperrt war, sei Büchling in Zivil erschienen. Reichswehrhauptmann Keiner habe ihm, dem Zeugen, den Befehl gegeben, Büchling bei der Flucht beifällig zu sein, damit er nicht verhaftet wird. Hauptmann Keiner will sich daran nicht mehr erinnern.

Polizeipräsident Dr. Weich, damals Leiter der Berliner politischen Polizei, stellte bei seiner Vernehmung fest, daß er einmal in der Zitadelle in Spandau war, aber nicht im Oktober 1923. Das Bestreben der „Arbeitskommandos“ sei der politischen Polizei seit dem Sommer 1922 bekannt gewesen und aus innenpolitischen Gründen seien sie deshalb beobachtet worden.

nens erklärt; dank Mussolini ist Albanien eine Pan-dorabüchse voller Unheilrohungen für Europa, und das Wetter, das sich mögen vielleicht verschiebt, kann sich übermorgen aufs neue zusammenballen. In Italien ist der Sozialismus geknebelt und ohnmächtig, und auch in Südblawien führt sich die Sozialdemokratie zu schmach, um die Belgrader Regierung auf den einzig richtigen Weg zu drängen: nicht annehmend an eine andere Großmacht wie Frankreich, sondern Zusammen-schluß der kleinen Balkanstaaten! So wird, wie der südblawische Sozialistenführer Topalowski dieser Tage darlegt, die Verteidigung Südblawiens zur Sache der Weltdemokratie, zur Sache des Kampfes gegen den wilden Faschismus und den kolonialen Imperialismus“, und ebenfalls vor kurzem hat in Paris das Exekutivkomitee der 2. Internationale den Arbeitern und Sozialisten aller Länder die Pflicht aufgegeben, sämtliche Kräfte gegen den italienischen Faschismus und seine Vasallen, die Reaktion in Ungarn, Rumänien und Bulgarien zu konzentrieren.“

Aus dem Freistaat Baden

Aus dem Verfassungsausschuß des badischen Landtags

Der vor kurze neugebildete Verfassungsausschuß hat Dienstag nachmittag den schriftlichen Bericht über das Kirchenvermögensgesetz

gestellt. In der am vergangenen Donnerstag vorgenommenen zweiten Lesung wurde der Gesetzentwurf mit 11 gegen 1 Stimme bei 1 Enthaltung angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten für das Gesetz, das als ein weiterer Schritt auf dem Wege der Trennung von Staat und Kirche betrachtet werden darf. Allerdings geht uns das Gesetz nicht weit genug. Die Sozialdemokratie wünscht, deshalb für die Beratungen Anträge an, die eine Ergänzung des Gesetzes bringen oder besser gesagt, die Schlussfolgerung für den Staat sieben sollen, die sich in finanzieller Hinsicht aus der Annahme des Gesetzes ergeben. Ein Vertreter des Zentrums hat im Verfassungsausschuß diese Schlussfolgerung in mit verbündeter Einfachheit geäußert. Neben den alten Forderungen der Kirche, die sich nach seiner Ansicht aus der auf dem Reichsdeputations-taushilfschluß 1803 beruhenden Säkularisation ergeben, neben den Forderungen für den erzbischöflichen Sitz, um vertrat er die Auffassung, daß auch die Dotationen zur Aufbesserung der Pfarrgehälter aufgrund des Art. 138 der Reichsverfassung durch den Staat abgelöst werden müßten. Von sozialdemokratischer Seite wurde dies sofort bestritten mit dem Hinweis, daß Art. 138 die seitlich bereiteten Dotationen jeweils nur bis zum Ablauf des Gesetzes garantiert. Wegfallen müssen für den Staat insbesondere alle Anwendungen für die Kirchen, die als sogenannte „Liberalitätsleistungen“ zu betrachten sind und die, ohne auf einem Gesetz zu beruhen, jeweils im Staatsvoranschlag angefordert wurden.

Die § 1 und 2 des Gesetzentwurfs haben jetzt folgende Fassung: § 1. Ziffer 1: jede Religionsgesellschaft ordnet ihre Vermögensangelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes durch eigene Satzung und verwaltet sie nach Maßgabe dieser Satzung. § 2: Die Satzung darf nicht in Widerspruch mit Reichs- und Landesrecht im Sinne des Artikel 137 der Reichsverfassung stehen. Die weiteren Paragraphen 3 bis 11 können als Ausführungsbestimmungen der §§ 1 und 2 gelten.

Eine erste Kammer Dem Verfassungsausschuß lagen letzte Woche zwei Eingaben vor, die allen ehrsüchtigen Anhängern des demokratischen Volksstaates Veranlassung geben, auf der Hut zu sein. Trotz Reichs- und Landesverfassung, wonach die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, wird jetzt von den Wirtschaftsverbänden sowohl als auch von den Gemeindegerechten der Versuch gemacht, der aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehenden Volkskammer ein Schwellengericht auszuwählen, das „bessere“ Abstammung sein soll: 8 Vertreter der Landwirtschaftskam-

mer, 4 Vertreter der Handwerkskammer, 8 Vertreter der Handelskammer, 6 Vertreter der Gemeindevorstände, 1 Vertreter der Kreise und 6 Vertreter der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Dieses Gremium soll nach der Meinung der Antragsteller auf Grund „rein praktischer Erwägung, nur sachlich und losgelöst von jedem Interessenstandpunkt und jeder parteipolitischen Einstellung“ zu dem Erlaß von Gesetzen und Verordnungen Stellung nehmen oder — wie er in der Einabe der Gemeindevorstände unvorsichtigerweise heißt — mitwirken.

Als Grundlage für die Schaffung dieser Ständekammer geben die Herrschaften den Satz 2 des § 20 der badischen Verfassung an, der lautet: „vor der geschlossenen Kammerung sie herführender Fragen sind zu hören.“ Nun behaupten die Gemeindevorstände, sie seien teils überhaupt nicht, teils zu spät gehört worden. Die Organisation der Gemeinden und der Kreise seien deshalb unter dem 3. Mai 1926 dem Landtag einen im Detail ausgearbeiteten und begründeten Gesetzentwurf, die Mitwirkung der Gemeinden bei der Gesetzgebung betr., vor und hörten ihrerseits den bad. Städtetag bereits am 14. Januar 1927 darüber. Auf diesem Städtetag drohte jedoch infolge eines scharfen Vorstoßes der sozialdemokratischen Städtetagevertreter die Ablehnung des Entwurfs. Die Herren Oberbürgermeister erklärten sich deshalb mit der Vertagung der Angelegenheit auf den nächsten Städtetag einverstanden. Statt nun den beim Landtag eingereichten Antrag zurückzugeben, brachten die Herren Oberbürgermeister die Angelegenheit nunmehr schnellstens in die Stadtratssitzungen und dort wurde, ohne genaue Kenntnis des Standes der Frage, beinahe in allen Städten an dem Entwurf festgehalten. Der auf diese merkwürdige Art erdachte „Ersatz“ nach der Geschäftsstelle des bad. Städtetages zu prüfen und die Einabe an den Landtag nicht zurückzugeben. Diese Einabe und die oben-erwähnte Einabe der Wirtschaftsverbände lag am Donnerstag der Beratung des Verfassungsausschusses zu Grunde. Die Debatte war recht interessant. Der Einabe der Wirtschaftsverbände stand weitestens ein Teil der bürgerlichen Parteien ablehnend gegenüber. Man will jedoch diese Ablehnung weitestens in eine sanfte Form kleiden. Den Wünschen der Gemeindevorstände jedoch, d. h. den Wünschen der Bürgermeister und Oberbürgermeister, will man möglichst entgegenkommen, also dazu helfen, den Grundstein für die erstrebte Ständekammer zu legen. Von Regierungsseite wurde die Aufstellung der Sozialdemokratie bestritten, doch die Anträge an die Verfassungsausschuß gehen und der Parteipolitik der Deutschnationalen lagte ganz ehrlich: „Mag sein, daß das der Anfang einer ersten Kammer ist, dies freut uns!“

Gemeindepolitik

Kielingen. Der Bürgerentschuß hat in seiner letzten Sitzung weitere 50 000 M. zur Finanzierung von Neubauten bewilligt. Im Laufe des Jahres werden voraussichtlich 20 Neubauten mit 40 Wohnungen erstellt werden. Bis zum Ende des Jahres sind dann seit Kriegsende 204 Wohnungen erbaut worden. Das Reich und die biesigen Fabriken haben 21 Wohnungen erstellt, so daß im Ganzen 225 Wohnungen entstanden sind. Für Straßenherstellungen und Kanalisation sind in nächster Zeit noch erhebliche Mittel aufzuwenden.

Deutscher Städtetag und Getränkesteuer Gegenüber den Forderungen des Getreidegewerbes nach Befreiung der Getränkesteuer hat der Deutsche Städtetag seine Stellungnahme wie folgt festgelegt: „Breite Volksschichten leiden schwerer unter den Auswirkungen der sozialen Krise; ungeheure Kürzungen an den Haushalten der Gemeinden. Das Haushaltsjahr schließt darum insbesondere bei den Städten mit schweren Verlusten ab, weil schon die jetzigen Einnahmen nicht ausreichen, um die Lasten zu decken. Trotzdem werden die größten Anstrengungen gemacht, die Getränkesteuer zu Fall zu bringen, obwohl alle Beteiligten wissen, daß eine vollwertige Entschädigung für den Ausfall der Reichsfinanzen auf schwerste belastet würde. Der Fortfall der Getränkesteuer würde erfahrungsgemäß keine Entlastung des Preises der Massengetränke mit sich bringen, der Vorteil also lediglich einem kleinen Kreise an dem Getränkegewerbe interessierter Personen zufallen. Wird die Getränkesteuer befreit, so muß die Gewerbesteuer, deren Entlastung auch den Städten dringender am Herzen liegt, außerordentlich erhöht werden. Eine Belastung auf der schwachen Seite des Gewerbes zu Gunsten eines besonders gutgehenden Gewerbezweiges ist also kein sozial gerecht denkender kann ein solches Geschehen auf Kosten der Allgemeinheit wollen.“

Räumungs-Verkauf wegen gutem Wandschmuck für jedes Heim **E. Büchle** Inh.: W. BERTSCH KUNST-HANDLUNG Kaiserstr. 128

Geschäftsverlegung zu billigsten Preisen u. erliehnter Zahlungsbeding. **E. Büchle**

Aus der Partei

Arbeitsgemeinschaft f. d. Lehrer
(Kreis Mittelbaden)

Samstag, 26. ds. Mts., findet nachmittags 3 Uhr im „Friedrichshof“ eine Kreisversammlung mit Vortrag des Genossen Jugendreferenten Kappes statt.

Gewerkschaftliches

Gaukonferenz der Fabrikarbeiter 11. Gau Württemberg und Oberbaden

Der Verband der Fabrikarbeiter Gau 11 hielt im „Murrhardter Hof“ in Stuttgart seine Gaukonferenz ab. Vertreten waren 19 Zahlstellen durch 32 Delegierte, sowie die Gauleitung und der Gaubeitrag.

In Ergänzung des schriftlich vorliegenden Geschäftsberichts erläuterte der Gauleiter Kollege Wörner die Ursachen der veränderten Wirtschaftslage und die Auswirkungen der Krise und der Arbeitslosigkeit, besonders betont, daß unser Verband in früheren Wirtschaftskrisen nie so in Mitleidenhaftigkeit gezogen war, wie jetzt. Die brutale Ausnutzung der Situation durch die Arbeitgeber und die Gleichgültigkeit der Arbeiter haben die Verhältnisse nur noch verschärft. Trotzdem ist es gelungen, die abgeschlossenen Verträge zu halten.

Kollege Benz berichtete über Beitragsleistung und Mitgliederbewegung, besonders die gestiegenen Ausgaben hervorhebend. Er ermahnt die Delegierten, die ihnen faktisch auferlegten Pflichten pünktlich zu erfüllen und durch Aufführung die Unkenntnis über die Unternehmenseinrichtungen in den Kreisen der Mitglieder zu beheben.

Einen großen Raum der Verhandlungen nahm die Berichterstattung über die Verhandlungsbeiträge ein. Sanktionierte die anstehende Diskussion ein.

Kollege Wörner hielt noch ein instruktives Referat über unsere künftigen agitatorischen Aufgaben, woran sich wieder eine sehr lebhaft zustimmende Diskussion angeschlossen. Zusammenfassend konnte der Vorsitzende auf die von Ruhe und Schlichtheit getragenen Verhandlungen hinweisen. Möge auch in der Zukunft eine gleiche Harmonie bei unseren Tagungen herrschen, so wird der gegenseitige Respekt nicht ausbleiben und das der Entwicklung der Gesamtorganisation nur dienlich sein.

Kleine badische Chronik

- Marzell** (bei Mühlheim). Der Sohn des Kriegsveteranen Vater von Marzell fiel beim Holzholen so unglücklich, daß er sich einen doppelten Beinbruch zuzog.
- Wilderdingen** (bei Forstheim). Am Samstag mittag kam das zweijährige Kind des Otto Hörter von hier unter einen mit Dung beladenen Wagen, so daß dem Kinde beide Beine gebrochen wurden. Man hofft es am Leben zu erhalten. Den Lecker des Fuhrwerks soll keine Schuld treffen.
- Forstheim**. Dieser Tage wurde ein lebensfähiger Schüler auf dem Wege von der Schule zu seiner Wohnung von einem Lastauto überfahren und getötet.
- Weinheim**. Im Hofe eines Hauses der nördlichen Hauptstraße geriet ein Mieter mit seinem Hauseigentümer in Streitigkeiten, die zu Tätlichkeiten ausarteten und in deren Verlauf der Hauseigentümer schwere Verletzungen davontrug.
- Eberbach**. Hier konnte sich ein junger Mann von etwa 22 Jahren nicht ausweisen. Er wurde in Haft genommen, rief aber wieder aus. Zwischen Eberbach und Lindach gelang es aber den Entflohenen einzuholen. Das schlechte Gewissen trieb den Verbrecher zu erneuter Flucht. Verloßt, betrat er den Bahndamm, nahm dort ein einem Streckenarbeiter gehöriges Fahrrad an sich, fuhr mit diesem den Bahndamm entlang und schließlich eine 4-5 Meter hohe Böschung hinab nach der Landstraße, überschlug sich jedoch beim heftigen Anrall unten am Straßenbahngelände und zog sich dabei schwere Kopfverletzungen zu. Eine weitere Flucht mit dem hart beschädigten Fahrrad mißlang nach einer halben Stunde Jagd gelang es dem Beamten mit Unterstützung eines Straßenarbeiters aus Eberbach den Flüchtling einzubolen, der während der Verfolgung öfters mit Wiederfliehen drohte. Der Flüchtling ging schließlich und beleidigend gegen die Beamten vor, doch konnte dem Verbrecher endlich Handhaken angelegt werden. Er verweigerte jede Auskunft und gab erst nach längerem Zögern sich als der Geomann Karl Lühbe aus Rothenbüsch bei Bremen aus. Ausweispaßierte fehlten. Bei den Briefschaften, die er bei sich trug, waren die Namen herausgetraut. In einer Mappe trug er eine schwarze Mäntel und verschiedene Einbrecherwerkzeuge. Auf der Flucht hatte er einen geladenen Revolver verloren.
- Leimen bei Heidelberg**. Der verheiratete Arbeiter Ed. St. fertigt aus Rühlod, der sich mit seinem Fahrrad auf der Heimfahrt befand, wurde in der Nähe des Zementwerkes von einem Personenauto angefahren und erheblich verletzt. Das Fahrrad wurde vollständig zertrümmert.
- Oberkirch**. Ein 13jähriger Realhülser von hier wollte von einem Geländer bei den Bahnanlagen, auf dem er saß,

berunterpringen, blieb aber dabei mit dem Abgas hängen und kam so Fall, wobei er sich den rechten Arm brach. Er wurde ins Krankenhaus nach Offenbach verbracht.

Unterhamersbach. Metzger Adolf Hermann ist auf der Straße zwischen Fühbach und Biberach mit seinem Motorrad auf dem noch ein Mädchen saß, gestürzt und zog sich einen komplizierten Oberschenkelbruch zu. Das Mädchen war bewußtlos und hatte Hautabrisse erlitten, davongetragen. Ein des Weges kommendes Auto hat die beiden nach Zell a. B. verbracht.

Unterolfen (bei Waldhub). Am Montag Morgen brannte das Anwesen der Fabrikarbeiterin Franziska Weber völlig nieder. Die Brandursache ist völlig unbekannt.

Säckingen. Am Samstag nachmittag verübten 5 Burtschen im Uhrzeigersinn einen raffiniert angelegten Diebstahl. Während vier Burtschen sich vor dem Schaufenster aufstellten, anagelte der fünfte mit einem Draht, an dem ein Faden befestigt war, durch ein unterhalb des Schaufensters befindliches Rühlod 4 goldene Ringe heraus. Die Diebe verübten also nach der Schweiz.

Neuenburg (bei Mühlheim). Der Landwirt Andreas Gerwig wurde vom Pferd so unglücklich geschlagen, daß er empfindliche Verletzungen erlitt.

Ein Erfolg des Reichsbanners. Sonntags nachmittag fand in Donaueschingen eine gut besuchte Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt, auf der Reichsanwalt Benedy-Konigs von Gefächte und Rede des Reichsbanners referierte. Es traten von den Parteien der Reichsbanner Koalition 35 Personen dem Reichsbanner als Mitglieder bei. Die Gründung einer Ortsgruppe wird demnächst erfolgen.

Einführung von Sonntagsregeln. Am ersten Sonntag der Monate Juni, Juli, August und September soll ein Sonntagsruhe als Versuchung geführt werden, um dessen Rentabilität zu prüfen. Der Zug verläßt Mannheim um 4.18 Uhr morgens, hält in Heidelberg, Bruchsal, Durlach, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Dos, Bühl, Achern, Appenweier, Offenbach, Lahr und erreicht Freiburg bereits um 8.25 Uhr vormittags. Hier hat man sofort Anschluss an die Südbahn. Der Gegenzug verläßt Freiburg 8.15 Uhr abends und ist in Mannheim um Mitternacht. Der Zug fährt zweite und vierte Klasse und kann auch mit Sonntagsrückfahrkarten benutzt werden.

Zugentführung. Samstag nachmittag gegen 2.15 Uhr entgleiste infolge Abfahrens der Briefwagen des Zuges Winterdorf-Rastatt bei der Einfahrt in den Bahnhof Rastatt in Höhe des Maschinenhauses. Kurz nach der Entgleisung kam der Wagen zum Stehen. Verletzt wurde niemand. Der Sachschaden ist nicht erheblich. Kurz nach 4 Uhr war der Unfall behoben.

Christiana einer Gastwirtschaft in Baden-Baden. In Ergänzung unseres Berichts aus der Sitzung des Reichstages vom 9. März werden durch den badischen Gastwirtschaftsverband erklärt, hinsichtlich, daß die Entschädigung des Reichstagsrats Kallat Veranlassung gab, den Rückzug ins öffentlichen Interesse zu befrachten. Er sei jedoch vom Ministerium des Innern zurückgewiesen worden. Bekanntlich hat der Landtag das Vorhaben der Reorganisation gebilligt.

Ein neues Sitzungspar. Eine sehr erhebliche Verbesserung im Ost-West-Verkehr bedeutet die Einlegung des neuen Sitzungspar Karlsruhe-Stuttgart-Karlsruhe ab 15. Mai d. J. Er bildet auch eine gute Verbindung zwischen Basel-Freiburg einerseits und Stuttgart-Nürnberg andererseits. Man verläßt künftig 2.10 Uhr (14.10 Uhr) Basel hat bisher 10.45, trifft mit D 75 um 5.23 (17.23) in Karlsruhe ein, wo der neue Sitzungspar um 5.30 (17.30) abfährt über Forstheim 6.10 Uhr (18.10 Uhr) und ist in Stuttgart um 7.26 (19.26). Hier besteht Anschluss nach Gmünd (an 9.16-21.16) und Ulm (an 9.45-21.45) und an den D-Zug 27, der Stuttgart um 7.35 (19.35) verläßt und in Nürnberg um 11.01 (23.01) eintrifft wo ein guter Anschluss über Marktredwitz-Hof nach Dresden (an 6.53 früh) und Breslau besteht. Man kommt also in den letzten genannten Städten wie früher an, verläßt aber Karlsruhe und die Oberpfälzer Städte um mehr als 3 Stunden später als bisher, auch Forstheim (bisher 2.25 früh bis 6.10 nachmittags). In unangelegter Richtung fährt man in Breslau abends 8.20 (20.20) ab, in Nürnberg 5.55 früh trifft in Stuttgart um 9.05 ein, ab 9.10, in Forstheim wie bisher 10.29, in Karlsruhe 11.07 in Basel 3.55 (15.55).

Dampferexpeditionen des Norddeutschen Lloyd Bremen

- Nach New York ab Bremen-Bremerhaven**: D. Stuttgart 30. März; D. Vork 5. April; D. George Washington (USZ) 6. April; D. Columbus 8. April; D. Republic (USZ) 9. April.
- Nach New York ab Southampton**: D. Venetia (USZ) 29. März; D. Stuttgart 31. März; D. George Washington (USZ) 7. April; D. Columbus 9. April; D. Republic (USZ) 10. April.
- Nach Canada ab Bremen-Bremerhaven**: D. Vork 5. April.
- Nach Philadelphia-Baltimore-Washington ab Bremen-Bremerhaven**: D. Göttingen 29. März; D. Hannover 17. April.
- Nach Brasilien-Buenos Aires ab Bremen-Bremerhaven**: D. Sierra Bentana 2. April; D. Köln 9. April; D. Weier 23. April.
- Nach Nordbrasilien ab Bremen**: D. Regina 16. April.
- Nach Mittelbrasilien ab Bremen**: D. Nürnberg 9. April.
- Nach Cuba-Havanna ab Bremen**: D. Vork 5. April; D. Raimund 3. Mai.
- Nach Ostafrika ab Bremen**: D. Aganor 2. April; M. S. Friesland 6. April; M. S. Fulda 9. April.
- Nach Australien ab Bremen**: M. S. Waadburg 29. März; D. Dolius 9. April; D. Westfalen 19. April.
- Nach Südamerika Weltküste ab Bremen**: a) durch den Panamakanal: D. Angar 29. März; D. Deluan 9. März; b) durch die Magellan-Strasse: D. Rhodovis 28. März; D. Sebata 11. April.
- Nach Zentralamerika und Mexiko ab Hamburg**: D. Denderah 13. April.
- Nach Nordamerika Weltküste ab Hamburg**: D. Witrant 12. April; D. Witrant 23. April.
- Frühjahrsfahrt Canarische Inseln nach Bremen-Hamburg**: wöchentlich Dienst. Nach der Levante ab Bremen: 14 tägige Walfahrt. Nach Finnland ab Bremen: 14 tägiger Dienst nach allen Hauptorten. Nach Kenal ab Bremen: Abfahrten alle 10 Tage. Nach Peninard ab Bremen: Abfahrten alle 8 bis 14 Tage. Nach England ab Bremen: 2 bzw. 4 Abfahrten in der Woche. Nach Afrika ab Hamburg: a) West-Afrika: D. Jumbo 28. März; D. Wabebe 3. April; D. Arnfried 10. April; b) Süd- und Ost-Afrika: D. Toledo 7. April; D. Wangoni 13. April.

Aus der Stadt Durlach

Eine Mieterversammlung

Einberufen vom hiesigen Mieterverein, als Protestversammlung gegen die zum 1. April dohende Mietspreiserhöhung, fand am Sonntag abend im „Lammhals“ statt. Die Versammlung hatte leider keinen besonders guten Besuch aufzuweisen. Der Kampflehrer Kamm-Mannheim, der Vorsitzende der badischen Mieterorganisation und sehr guter Kenner in Wohnungsfragen, hielt ein großzügiges und äußerst instruktives Referat über den Zustand im Wohnungswesen in der Vorkriegszeit, über den Aufbau des Chazartler und die Tendenz der Mietspreiserhöhung der Nachkriegszeit; er schilderte anschaulich die Kämpfe um die Vorkriegszeit und die Mietspreiserhöhung wie auch um die Mietspreiserhöhung geführt wurden und noch geführt werden. Er machte eine Berechnung auf, um welche Prozentsumme es sich dabei für den Hausbesitzerstand in Deutschland handelt, die schon des Schweißes der Ehel“ wert seien. Er wies aber auch nachdrücklich darauf hin, daß der Hausbesitzerstand seine Erfolge im gegenwärtigen Stadium neben der rückfalllosen Unterstützung durch die Reichsregierung seiner guten Organisation verdankt, der auf Seite der Mieter eine Interaktion und Gleichgültigkeit gegenübersteht, die den Kampf um eine fairen und gerechten Lösung der Wohnungsfrage außerordentlich erschwere. Selbst in den Kreisen der gewerkschaftlichen Organisationen anerkennt und würdigt man nicht immer die Wichtigkeit und weitgehende Bedeutung der Wohnungsfrage und siehe den Organisationsbeiträgen der Mieter (schon, in da und dort ablehnend gegenüber, dabei sei es völlig falsch, anzunehmen, daß man Mietspreiserhöhungen etwa durch auf dem Wege des Lohnkampfes zu erreichende Lohnsteigerungen je ausgleichen könne. Ueber die Kämpfe um Mietspreiserhöhung, Mietspreiserhöhung usw. hinaus erwachte den Mieterorganisationen die Pflicht, einen Weg zu suchen, um einen dauernden Einfluß auf die zukünftige Gestaltung der Wohnungsfrage zu erlangen. Dieser Weg gebe über die Mietspreiserhöhung in den gemeinnützigen Bauvereinigungen, die möglichst gefördert werden, möglichst viel mit richtig verstandener Wohnungskultur ausgestattete Wohnungen bauen und so in der Wohnungsfrage immer entscheidenden Einfluß verlangen sollten.

Eine umfangreiche, im ungeheuren Verhältnis zum Versammlungsbereich stehende Aussprache, an der sich der Vorsitzende des Mietervereins, Gen. Steinbrunn, Gen. Prof. Konan, Frau Knecht und aus Karlsruhe der dortige Mietervereinsvorsitzende Kippobahn, Frau Hud und ein weiterer Redner beteiligten, setzte nun ein, wobei uns namentlich die Ausführungen Kippobahns einfließen, der an einige Bedingungen des Referenten anknüpfend, betonte, man sei den kommenden Reichstagsarbeiten die deutschen Mieter mit dem Stimmzettel die Bestätigung der freien Wohnungswirtschaft aus dem Reichstag hinaus und dafür die Parteien, die auf dem Boden des Mietspreiserhöhung und einer zeitgemäßen Regelung der Wohnungsfrage länder, hineinwühlen wollten, würden sie am sichersten und erfolgreichsten ihre Interessen wahrhaft haben. Der Referent ging in einem Schlusswort auf die teilweise auch kritische Verhältnisse behandelnden Ausführungen einzelner Diskussionsredner kurz und treffend ein.

Aus aller Welt

Die Tochter der Zwangssträflinge

Ein Liebesroman, der zur Jahreszeit unter den Zwangssträflingen der hiesigen Gefängnisse seinen Anfang nahm, hat jetzt seinen Abschluss gefunden. Eine junge Russin namens Alexandra Sachalinskaja verheiratet sich in Wladimirof mit einem englischen Lord. Der Name Sachalinskaja ist nicht der ursprüngliche Name dieses jungen Mädchens, sondern sie hat ihn auf eine eigenartige Weise erhalten. Ihr Vater, Graf Demidoff, wurde im Jahre 1906 nach Sachalin zur Zwangsarbeit in den dortigen Steinbrüchen wegen politischer Umtriebe verbannt. Wie das damals häufig vorkam, folgte die Gattin ihrem unglücklichen Mann nach Sachalin und im Jahre 1907 kam die junge Alexandra mit ihrem Alexander-Gefährten auf Sachalin zur Welt. Ihre Mutter starb bei der Geburt und ihr Vater überlebte den Tod der Mutter nicht lange, da er den unangehören Strapazen der Zwangsarbeit nicht gewachsen war. So blieb das Kind allein und verlassen im Gefängnis zurück. Da erbarmten sich über die dort befindlichen Zwangssträflinge, und erludten das Gouvernament, das Kind gemeinsam als ihre Tochter adoptieren und zur Erziehung übernehmen zu dürfen. Da dieser Plan die Sicherheit des Staates nicht bedrohte, erließen die Zwangssträflinge die erbetene Erlaubnis. Die Straflinge, die das Kind bald sehr lieb gewannen, gaben ihm einen anderen Namen, um schon dadurch das eigenartige Gesicht zu kennzeichnen und nannten es mit dem Vornamen Alexandra nach dem Gefängnis Alexanderof und mit dem Nachnamen Sachalinskaja von Sachalin her. Sie schickten das Kind auf eigene Kosten sogar ins Gymnasium, und als die Revolution ausbrach, befand es sich in Wladimirof, wo es das Wirtententenzentrum ablegte.

Dies in Wladimirof war damals ein englischer Lord Fairfax, der sich geschäftlich dort aufhielt und Gelland mit hatte, die junge Studentin kennen zu lernen. Er mußte wohl, wie eine romantische Lebensgeschichte dieses jungen Mädchens hatte und war entschlossen, die kühnste Liebe seines Lebens zu heiraten. Er fuhr nach England, wo er die Vorbereitungen treffen wollte, ließ aber seit dem Jahre 1925 nichts mehr von sich hören. Schließlich tauchte er wieder auf, denn er hatte die große Reife nicht gelehrt, um seine Braut zu holen, die ihm verprochen hatte, auf ihn zu warten. Vor der Hochzeit gedachte die Braut ihrer 21 „Mutter“, denen sie ihr Leben und ihre Ausbildung verdankte und der junge Lord erwiderte sich nach ihrem Aufenthalt. Sie waren aber alle durch die Revolution von der Zwangsarbeit befreit worden und hatten mit Ausnahme von zwei Sachalin und Sibirien verlassen. Diese beiden aber waren die Gattin des jungen Ehepaars bei der Hochzeitfeier und an ihrem Platz lag eine Briefkassette, in der die Ausgaben, die sie früher für Alexandra gemacht hatten ihnen überreicht werden waren. Nunmehr wollen die jungen Eheleute nach England auf das Schloß des Grafen Fairfax begeben.



KALODERMA-SEIFE

VON DEN GUTEN DIE BESTE

F. WOLFF & SOHN

Unterhaltung und Belehrung

Liebe kleine Limofoa

Fred Anderjens Höllenfahrt

Roman von Friedrich von Haukein.

(Fortsetzung)

„Nicht kam das Schwerte. Der Kahn. Ich hatte bereits die Art ergriffen, um ihn zu erschlagen, als ich zögerte. Hier war ein Kahn und drunter der Fluß. Wie nützlich konnte er uns noch werden. Ich überlegte lange, dann war ich entschlossen, ihn an dem Raso hinunter zu bringen.“

Ein gefährliches Werk, der Kahn war schwerer als ich. Wenn der Raso jetzt riß, dann waren wir beide verloren. Ich wenigstens ohne Rettung, denn ich hatte keine Möglichkeit mehr, hinunterzukommen, hatte keine Fische zur Nahrung, kein Feuer, kein Obdach.“

Aber das Lederseil war ja fest, ich beschloß, es zu wagen. Ich band das Seil an den Kahn, klemmte mich selbst hinter einen Felsen und ließ ihn hinabgleiten.“

Limofoa, die von unten mein Begleiter sah, schrie laut auf in furchtbare Angst. Meine Hände wurden blutig und brannten wie Feuer. Furchtbar war die Last und wenn sie meinen Händen entglitt, mußte der gewaltige Rud sicher den Raso zerreißen. Ich fühlte, wie die Adern sich an meinen Schläfen dehnten, wie mein Atem verjahte, ich wurde auf die Knie gerissen, dann endlich ließ die Last nach.“

„Er ist unten.“
Ein glücklicher, jubelnder Schrei Limofoas.
„Ich muß eine halbe Stunde ruhen, dann komme ich zu dir.“

Erstschöpft sank ich auf den Boden, aber kaum hatte ich meine Augen, vor denen das wild tobende Blut bunte Ringe kreisen ließ, geschlossen, als ein furchtbarer Donnererschlag mich aufschreckte. Ein kurzes Gemitter brach los. Schwarze Wolken verunkelten den Himmel. Dichter Hagel prasselte auf mich nieder, ich taumelte dem Rump des alten Totkessels auf, um mich in ihm zu bergen, da grellt ein zweites Blitz auf. Gleichseitig ein gewaltiger Donner und ein Luftausbruch, der mich zu Boden warf und mir auf Minuten die Sinne raubte.“

Als ich aufsprang, sah ich ein graues Bild. Der Blitz hatte in das alte Totkesselschiff geschlagen, hatte es mitten auseinandergerissen lassen, wenn auch das versteinerte Holz nicht Feuer gefangen. Vor meinen Füßen aber lag, ebenfalls erschmettert, das bronzene Haupt des Totkessels. Seit ihm der goldene Inhalt genommen.“

Der Hagel war vorüber, aber dichter Schnee rieselte herab. Noch einmal besichtigte ich das Kad. Zwei der kleinen Bronzerötter, die das Verdeck gestützt hatten, waren losgerissen. Auch sie nahm ich zum Anker mit, dann eilte ich durch den dichten Schnee zur Öffnung.“

„Limofoa, ich komme.“
„Ich sah sie unten einberagen.“
„Erst die Art.“

Mit ihr ließ ich die Figur hinunter, dann begann ich selbst den Abstieg.“

Dicht fiel oben der Schnee. Auch der Platz, an dem die Hütte gestanden, und selbst der Schiffsrumpf waren bereits von seiner weißen Decke überzogen.“

Schnell kloss ich hinab und mit offenen Armen kam mir Limofoa entgegen.“

„Warm ist in der Höhle, hier werden wir bleiben.“
„Wenigstens diese Nacht.“

Selbst sah ich es jetzt in der Höhle aus. Ueberall glückte und glänzte es im Schein des Feuers, von den Goldbarren, die ich hinuntergeworfen und die nun zerstreut umherlagen. Leiser Schnee kam durch die Öffnung und in einer der geschützten Nebengrotten hatte Limofoa ein zweites Feuer entzündet. Ihr Fuß war wieder gebrauchsfähig und eilig suchte sie umher, um die verstreuten Schätze zu bergen. Nicht das Gold, an das dachte sie nicht, sondern die gedörrten Fische, das Fett, das Holz und den Tana, damit sie nicht durchs näßt würden. Ueber dem Feuer aber, in der Nebengrotte, die trocken schien und in der auch keine Stalagmiten von der Decke hingen, stand schon der goldene Kessel und in ihm lockte Fischfleisch zu einem fröhlichen Mahl.“

Wie glücklich wir beide waren an diesem Abend. Selbst wenn der Winter uns den Ausgang verschloß. Selbst wenn es unmöglich war, die Wohnungen der Indianer zu erreichen, von denen Feuer und Fußspur zeugte. Hier waren wir geschützt. Groß war die Höhle. Frische Luft und Wasser zur Verfügung. Holz eine ziemliche Menge und Fische, die wir nicht aufschreiben konnten.“

Wir verbrachten, dicht aneinandergeschmiegt eine ruhige Nacht. Wir hatten es beide nötig, zu schlafen.“

Das einzige, was ich noch bedauerte, war, daß ich den treuen Raso, der uns wohl noch gute Dienste hätte leisten können, hatte oben hängen lassen müssen.“

Am Morgen, als der Schein der Dämmerung in die Höhle kam, ging ich wieder auf Rundschau. Noch immer waren die Spuren im weichen Sande zu sehen und ich kam bis an den Eingang in den Gipsanonen.“

Auch hier war in diesen zwei Tagen alles verändert.“

Furchtbare Lawinen mußten niedergegangen sein. Der ganze Boden des Tales war von ihnen bedeckt und in dem tiefen, jungen Schnee jedes Gehen unmöglich. Ich lehrte um. „Wir müssen vorläufig hierbleiben.“

Limofoa nickte.“

„Ich mußte es, denn um diese Zeit sind die Wege der Berge verschlossen und die Indianer in ihren Winterhäusern.“

Ihr Gesicht war froh und zufrieden bei diesem Gedankensatz und ihre geschidten Hände hatten bereits aus einem Goldsaß, das noch zwischen den Warren gelegen, und mit herabgeworfen war, unter Benutzung von Fischfett und Tanaochst eine Art Lampe gemacht.“

Ich war zwar enttäuscht, aber ich fühlte, daß der Gott Tawoats uns wieder anädig gewesen war, als er uns in diese Höhle führte.“

Auch ich hatte Arbeit.“

Während Limofoa das Holz und die Kohlen emportrug und mit geschidten Händen in der trockenen Grotte eine Stütze erbaute und darin weiche Lager, während sie noch immer jeden verstreuten Fisch sammelte und jedes Tanahälchen, trug ich die Goldbarren annehmen und stapelte sie auf. Es war ein ständiger Berg, und dann bedeckte ich den Haufen mit Stielstrümmern und Höhlenland.“

Wenn etwa die Indianer kamen, sie sollen den Schatz nicht sehen!

Und so vergingen Tage, während immer dichter der Schnee durch die Lufe oben herindrang. Und dann kam eine Nacht des furchtbaren Schredens. Wieder bebte die Erde. Mit bangen Gesichtern standen wir dicht beieinander. Es hatte keinen Zweck zu fürchten, denn wenn ein Felsen niederbrach — welcher war es?

Es kam auch ein gewaltiges Dröhnen und Poltern von oben. Steinblöcke saukten nieder in die Grotte.“

In unserer Hütte blieb alles ruhig und auch der Boden stützte nicht.“

Als wir am Morgen herausstraten, war es in der großen Höhle vollkommen dunkel. Es war kein Erdbeben gewesen, wohl aber draußen in dem Kessel des Berges ein gewaltiger Sturz, der die Öffnung mit groben Felsbrocken überdeckt hatte. Erschüttert standen wir da und schauten hinauf.“

„Wären wir jetzt noch oben?“
„Wir wären erschmettert.“
Vor meinen Füßen lag der Raso. Die Felsbrocken hatten das Baumtrocken zerföhmetert und die Splitter mit dem Lederseil herumgedreht.“

(Fortsetzung folgt.)

Neue Fortschritte der Radiotechnik

Die letzte große deutsche Funkausstellung hat der Öffentlichkeit im Herbst des vergangenen Jahres zum ersten Mal die leuchtendsten Formen der Mehrfachröhren gezeigt, die sofort im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses standen. Inzwischen ist die Technik dieser Mehrfachröhren weiter durchgebildet worden und hat den Weg zu teilweise ganz neuen Empfangsprinzipien gegeben.“



Die Löwe'schen Mehrfachröhren, die den inneren Aufbau von drei gewöhnlichen Röhren nebst sämtlichen Schaltungselementen, die zu ihrer gegenseitigen Verbindung notwendig sind, in einem luftdichten Glasgehäuse umschließt. Die Röhre arbeitet völlig verzerrungsfrei, da die Verstärkung durch Überlastungsstopplung herbeigeführt wird, eine Schaltung, die seit längerer Zeit von den Praktikern und Amateuren an Stelle der alten Transformatorübertragung gern benutzt wird. Diese eine Mehrfachröhre genügt nun, um jeden Sender in einer Mindestentfernung von 50 Kilometern einwandfrei im Lautsprecher zu empfangen. Bei günstigen Empfangsverhältnissen wird die angegebene Entfernung natürlich weit überschritten. Durch die Klarheit der Wiedergabe und denkbar größte Einfachheit der Bedienung eignet sich diese Mehrfachröhre besonders gut für die große Zahl der technisch ungewandten Personen. Man hat durchaus den Eindruck, es gänzlich mehr mit einem Radioapparat zu tun zu haben, sondern mit einem Musikinstrument, das einfach durch den Druck auf einen Knopf in Tätigkeit gesetzt wird.“

Die zweite Röhrentype ist ein Zweifachrohr, das in Ergänzung der zuerst beschriebenen Dreifachröhre arbeitet. Wir haben es hier mit einer zweifachen Hochfrequenz zu tun, bei der wiederum zwei Doppelgitterröhrensysteme in einem Glasgehäuse nebst sämtlich dazugehörigen Schaltungselementen eingeschlossen sind. Für den technisch Geschulten wird es interessant sein zu erfahren, daß hier zum erstenmal eine aperiodische Hochfrequenzverstärkung durchgebildet wurde, die nur auf diese Bauart praktisch möglich war. Durch diese Anordnung, die jegliche Rückkopplungserscheinung vermeidet, ist auch für die Hochfrequenzstufe eine absolut verzerrungsfreie Verstärkung gewährleistet, da die antonierenden Schwingungen aperiodisch nach dem Prinzip der Storchschnabels originell vergrößert werden.“



Die Zusammenfassung dieser beiden Mehrfachröhren ergibt den Löwe'schen Empfänger, der bei recht einfacher Bedienung wirklich überragendes leistet! Sein Hauptvorzug ist darin zu erblicken, daß auch bei den größten Entfernungen

die Darbietungen so klar und rein empfangen werden, als ob es sich um einen Ortsempfang handele, natürlich vorausgesetzt, daß der betreffende Sender einwandfrei arbeitet. Und nun kommt das, was alle am Rundfunk interessierten Kreise wohl am meisten betrifft: Das ganze Gerät mit den Röhren kostet im Verkauf 145 M., also etwa den dritten Teil von dem, was ein entsprechendes Gerät anderer Fabrikation kostet. Denn wir haben in tatsächlich einen Röhrenempfänger vor uns, mit dem man wirklich die meisten europäischen Stationen hören kann. Das ein Gerät von so hoher Leistungsfähigkeit zu dem genannten Preis in den Handel kommt, kann man, wenn man die Verhältnisse der Funkindustrie kennt, ohne weiteres als eine soziale Tat bezeichnen.“

Heinz Engel.

Theater und Musik

Badisches Landesstheater

„Tiefland“
(Neu einstudiert)

Als vor mehr denn zwanzig Jahren D'Albert mit seinem „Tiefland“ auf den Plan trat, waren über die Zukunft des Wertes die Meinungen geteilt. Es hieß, es wäre keine Zukunftsmusik. Und doch gehört Tiefland auch heute noch zu den meist aufgeführten Opern. Woran liegt dies? Das Tieflandstextbuch läßt trotz des vererbten Kinogeschmacks unseres Theaterpublikums immer noch Interesse aus, denn es hat eine spannende Handlung, stellenweise eine poetische Sprache und das Schicksal seiner Gestalten erweckt Anteilnahme. D'Albert hat für die illustrierende Musik die richtigen Farben und den belebenden Rhythmus gefunden. Er hat instruktiv überall den schmissigen dramatischen Ton getroffen, der uns allerdings heute, nachdem wir durch den Verismus schon hindurch sind, nicht mehr ganz so wirksam dünkt, wie vor zwanzig Jahren, als das Tiefland die Theaterwelt entflammte. Die tiefste Neuenstudierung hat das Wertwürdige an sich, daß sie in allen Rollen neu besetzt war. Das hat Vorteile für Kapellmeister und Regisseur. Diese Vorteile wurden auch glücklicherweise ausgenutzt. Die Tieflandaufführung ist zu den besten Vorstellungen zu zählen, die uns diese Spielzeit bis jetzt beigesteuert hat. In diese Vorstellung mischt sich nur gleich wieder ein bitterer Tropfen. Wir müssen das nächste Jahr das Wert in einem Teil der Hauptrollen wieder frisch besetzen. Frau Blättermann bleibt nicht hier, sie gab eine temperamentvolle Martha mit harter persönlicher Note. Sie hat das Wehenhafte dieses unglücklichen Geschöpfes besonders charakteristisch gestaltet, ihre Beschwignheit in der Darstellung, das Mitleid, das ihren Bewegungen immer eine gute wirksame Bühnenplastik gibt, das alles trug dazu bei, der Blättermannschen Martha mit Interesse zuzusehen. Das stimmliche Format der Künstlerin wußte merkwürdig, das Organ hat dramatische Durchschlagskraft. Herr Siza war stimmlich und barockhaft in der dankbaren Nebenrolle sehr wirksam. Der Künstler war nicht ganz unabhängig vom Dirigentenpaar, der tiefe Eindruck seiner Leistung wurde jedoch dadurch nicht herabgemindert. Herr Voels Sebastiano, man wird bei dieser Rolle immer an Büllners Kunst erinnert, war scharf abgezeichnet, markig, kraft- und temperamantvoll. Ebenso war Herr Landers Tommaso mit kleinen feinen Strichen verfürpelt. Dort wo Gelegenheit war, stimmlich hervorzutreten, durfte man sich an dem weichen Klang erfreuen. Herrn Lösers Müllernecht war wie alle Rollen des bewährten Künstlers, spielfähig und überzeugend. Besonders eignete sich Fr. Wied als Kurt, die stürmische und schauspielerische dem Sinn des Dramas die richtige Deutung gab. Das Madetrio (Seiberlich-Brustel-Wanka) bot glänzendes. Man merkte der ganzen Aufführung an, daß mit viel Fleiß, großem Geschick und Verständnis auf die dramatischen Höhepunkte hingearbeitet wurde. Herr Dr. Knöll brachte mit Hilfe der Regie, die Herr Siza zu befeuerte, eine nach jeder Hinsicht abgerundete, reibungslose und eindrucksvolle Aufführung heraus, die dem Werke von neuem wieder zu seiner altgewohnten Wirkungskraft verhalf.“

Fünftes Volks-Sinfoniekonzert

Der gleich günstige Stern, der über dem Tiefland-Abend strahlte, veränderte auch seinen Stand nicht beim fünften Volks-Sinfoniekonzert, das auf den billigen Klängen ausverkauft war. Die unbekannte Sinfonie von Beethoven eröffnete den Abend. Gleichwohl von welchem Meister das Werk stammt, — es ist eine meisterliche Arbeit — man hört es gerne. Besonders der letzte Satz, der in der Form eine neuartige Prägung zeigt, läßt aufhorchen. Alfred Hoeber ist wohl mit in die Front — sie ist sehr schmal geworden — unserer führenden Pianisten eingereiht. Doch ist ein prächtiger Beethovenmeister geworden. Technische Widerstände gibt es bei ihm nicht, er kann sich ganz in die Materie verziehen, er lebt in Beethoven, er dichtet des großen Meisters Wunderwerke nach, wie selten ein anderer seiner Zeitgenossen. Bravourös spielte er die D'Albert-Raketa, die leider aus dem Rahmen fällt. Sie ist geistreich, zent aber dennoch nicht von jenem Geiste, vor dem wir armelige Menschenlein heute verjunkten dastehen. Die achte Sinfonie beschloß den Abend. Herr Dr. Knöll hat mit wachem Sinn, ohne überlaute Betonung oder gezielte Reklame die unbekannt Sinfonie dirigiert. Alles war subtil differenziert, der individuelle Charakter jedes Satzes war gewahrt, alles war natürlich. Was Hoeber nur leise andeutete, nahm bei der Beileitung des G-Dur Klavierkonzertes Dr. Knöll vermittelnd auf, so daß eine ideale Verknüpfung sich auswirkte. Dank einer ganz vorzüglichen Disposition unseres Orchesters man denke an die Kontrabässe im ersten Satz der achten Sinfonie, sowie an das erste Horn, bekam man auch von diesem Wunderwerk eine reifliche befriedigende Wiedererlebung zu hören. Mit feinsten Präzision waren die einzelnen Instrumentengruppen zusammengefaßt, es war alles auf peinlich genaue Klarheit des Musizierens und Klangschönheit eingestellt. Die Knöll'sche Deutung läßt überstarke Leistungen der Dynamik und des Ausdrucks nicht zu. Dank der hervorragenden Künstlerschaft unseres Orchesters war trotz der betont rubigen Führung ein dynamischer Reichtum, der das Werk gigantisch erscheinen ließ.“

Es muß hier, nach diesen beiden Abenden nun doch einmal kurz die Frage angeschnitten werden, die die Besetzung des ersten Kapellmeisterpostens betrifft. Dem Verwaltungsrat wurden die Herren Schwarz und Bonderhoff zur Auswahl vorgelegt. Sie stehen ihrer Qualität nach hinter Herrn Dr. Knöll, dessen Vertritt man nicht aus künstlerischen Gründen mehr erneuerte. Von gewisser Seite her wurde gleich nach Wagners Tod gegen den ersten Kapellmeister Stellung genommen. Vielleicht ist man sich im Verwaltungsrat über das Können Dr. Knölls jetzt klar und kommt zur Ueberzeugung, daß er heute einarbeiteter ist, während alles was kommt, nur schwierig sich in die nicht günstigen Verhältnisse einfüllen kann, die gegenwärtig an unserer Oper herrschen.“



Leipheimer & Mende

Das Spezial-Geschäft in
Herren- und Damen-Stoffen
Wäsche- und Haushaltungs-Stoffen

Moninger Bier

unübertroffen
an Reinheit und Güte



Auskunft erteilt:
**Städt. Gas-, Wasser- und
Elektrizitätsamt**
Installations-Abt. f. Elektrizität
Karlsruhe i. B., Kaiserallee 11.

K. GÜSSEL

KARLSRUHE i. B.
Kriegsstrasse 97, Telefon 68
Ae t. Baumaterialien-
Geschäft am Platze

Spezialität

Herstellung von Boden- und
Wandplatten - Belagen aller
Art
Dachbedeckungen mit
Ziegeln, Pappeln, Dach-
pappe usw.
Asphalt- und Estricharbeiten
Zementröhren, Zement-
waren- u. Kunststein-Fabrik
Marmorwaren-Fabrikation

BAUHÜTTE KARLSRUHE

Gemeinnützige Baugesellschaft m. B. H.

Übernahme sämt-
licher Bauarbeiten

Büro und Lager:
Rotteckstrasse Nr. 17
Telefon 5200

DR. AXELROD'S YOGHURT

Am Leben man zehn Jahr gewinnt - Wenn früh man mit YOGHURT beginnt
Vom O. lant zum Occident - Immer man ihn lobend nennt.
Alleinerzeugungsrecht für Karlsruhe: Städtische Milchzentrale
Zähringerstrasse 45/47
Telefon Nr. 5294 5295
Beim Einkauf achte man darauf, daß das Glas und der Verschuß die Aufschrift trägt
DR. AXELROD'S YOGHURT

Kohlenherde Gasherde Öfen
kompl. Kücheneinrichtungen

Größte Auswahl
Billigste Preise
Bequeme Ratenzahlung

Ph. Nagel
Haus- und Küchen-Geräte
Kaiserstraße 55

KOPFZERBRECHER

Nr. 14
Aus den Silben: bau - bis - de - dor - e - e - eid - en - ei - i -
fard - lo - me - mein - nal - ne - ni - vi - vich - reb - ri - si - stod -
- tät - tep - tü - u - u - ul - ver - sen - si - sind 12 Wörter zu bilden, die
bedeuten: 1. Stadt in Hannover, 2. Spiel, 3. Männernamen, 4. Frucht, 5. Verbrechen,
6. französische Stadt, 7. Oper, 8. Zimmerornat, 9. Aufschrift, 10. Musikstück, 11. Fluß
im Kongosebiet, 12. Bildungstätte - h gilt als ein Buchstabe. - Die Anfangs- und
Endbuchstaben von oben nach unten gelesen, ergeben den Anfang eines bekannten Liedes.

Auflösung aus Nr. 13:
1. Eien, 2. Imme, 3. Nappa, 4. Ruße, 5. Anis, 6. Ufedom, 7. Fohlen, 8. Mutbe,
9. Antifemil, 10. Nogi, 11. Näherin, 12. Darre, 13. Eoa, 14. Reede, 15. Satan, 16. Emir,
17. Ignas, 18. Konität, 19. Gremium, 20. Ebro, 21. Seegelboot, 22. Chiemsee, 23. Aßen,
24. Eße, 25. Fregatte, 26. Tintenfiß, 27. Reheim, 28. Irene, 29. Christian, 30. Tetuan.
Ein Kaufmann, der sein Geschäft nicht empfindet, gerät in Vergessenheit.

Das Haus der eleganten
**Damen-
Moden**

**Gebrüder
ETTLINGER**

Kaiserstr. 199.

Qualitätsschuhe



finden sie in reicher Auswahl bei
Eugen Loew-Hölzle
Kaiserstraße 167

GESCHWISTER KNOPF

KARLSRUHE

Das große
Kaufhaus für Alle

Das große
Kaufhaus für Alle

L. J. Ettlenger
Eisenhandlung
Gegr. 1832

Kleisenwaren / Werkzeuge / Bau- und Möbelbeschläge
Haus- und Küchengeräte / Kochherde / Gasherde / Öfen

MÖBEL!

Complete
Wohnungs-Einrichtungen
Einzelmöbel
Küchen
Schlaf- Speise- und
Herren Zimmer
in großer Auswahl
Reelle Bedienung
Billigste Preise
Zahlungs-Erleichterung

M. Tannenbaum
Adlerstraße 13

Alb. Glock & Cie.

Karlsruhe - Kaiserstraße 89
Photo-Apparate
Kino-Apparate
Photo-Arbeiten in erstkl. Ausführung

Zentralheizungen

mit Dampf, Wasser oder Luft liefern seit 1878 -
sparsam im Betrieb - und billig in der Anlage

Bechem & Post G. m. b. H.
Karlsruhe

Drogerie Wilh. Tscherning

bekannt durch
Qualitätswaren
Ecke Amalien- und Karistraße
Telefon 519

Josef Krapp

Unternehmung
für

Beton, Eisenbetonbau und Asphaltierungen.

Metallhütte Dr. Dannenberg & Co.

Tel.-Adr. Metallurgie G. m. B. H. Tel. 6168, 6169
Unsere Erzeugnisse
Dopp. raff. Weichblei Marke M. d. K.
Hüttenhartblei Schrittmalle Lager
und Weißmetalle, Lötzin, Rotgus,
Bronce, Zink, Stereotypie- und Setz-
maschinenmetalle

Rosenfeld & Co.

Karlsruhe (Baden)
Metalle / Alteisen / Neuweisen
Telefon Nr. 839, 840, 841, 154
Telegramm-Adresse: Metallfeld

Gemeinde-Getränkesteuern

Uns wird geschrieben:
Der Badische Städtebund und der Badische Städtebund haben die Reiterung und die höchsten Reichsangeordneten dringend gebeten, bei den zur Zeit schwebenden Verhandlungen über die Zwischenerregelung des Finanzausgleichs für die Aufrechterhaltung der Gemeinde-Getränkesteuern nachdrücklich einzutreten. Zur Begründung haben die Verbände im Einzelnen Folgendes dargelegt:
Den Ausführungen des preussischen Finanzministers Dr. Doepfer-Wischoff bei den Beratungen des Steuerausschusses des Reichstages am 14. ds. Mts. über die Bedeutung der örtlichen Getränkesteuern und die Notwendigkeit ihrer Beibehaltung muß vollinhaltlich beigetreten werden. Die Getränkesteuern spielen heute tatsächlich in den Etats aller größeren Städte eine ganz erhebliche Rolle. Beispielsweise ist in dem Haushaltsplan der Stadt Mannheim das Aufkommen der Getränkesteuern im Rechnungsjahr 1925 mit 1 050 000 RM, und im Rechnungsjahr 1926 mit 1 100 000 RM, eingestellt, in dem Haushaltsplan der Stadt Karlsruhe im Jahre 1925 mit 530 000 RM, und im Jahre 1926 mit 625 000 RM. In Freiburg i. Br. ergab die Getränkesteuer im Rechnungsjahr 1925 einen Ertrag von 296 000 RM, im Rechnungsjahr 1926 von voraussichtlich 265 000 RM. In diesen Städten bildet das Aufkommen der Getränkesteuer ungefähr 10 Proz. des Ertrages aller Einkünfte aus öffentlichen Abgaben. Ein Ausfall dieses Steueraufkommens hätte in Freiburg eine Erhöhung der Umlage von 6-7 Proz., in Karlsruhe sogar von 10 Pfennigen zur Folge. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den anderen Städten. Der von Interessententeilen immer wieder vorgebrachte Einwand, daß die Ertragsfähigkeit der Gemeinde-Getränkesteuer meist sehr gering sei, ist dabei durchaus unrichtig. Aus der Tatsache, daß in Landgemeinden auf diese Steuer bisher weniger Wert gelegt wurde, läßt sich ebenfalls für die Beurteilung der Ertragsfähigkeit nichts gewinnen. In Baden wie auch in den anderen Ländern des Reichs haben alle größeren Städte von dem Reiche eigene Getränkesteuern zu erheben, aus zwingender Notwendigkeit Gebrauch gemacht. Sie hätten dies sicherlich nicht getan, wenn der Ausfall dieser Steuer, der im ganzen Reiche etwa 75 bis 100 Millionen betragen würde, ohne Schwierigkeiten aus anderen Einnahmequellen ausgedeckt werden könnte.
Daß die Getränkesteuer, wie gleichfalls immer wieder behauptet wird, eine unrationale Steuer darstelle, ist längst durch eingehende Erhebungen und sorgfältige Berechnungen widerlegt. Die Verwaltungskosten der Getränkesteuern betragen im Durchschnitt des Reiches nicht mehr als 2,5 Proz. des Steuerertrags. Bei dieser Berechnung sind die Unkosten des Kontrolldienstes berücksichtigt, der angeblich gerade bei dieser Steuer besonders kostspielig sein soll.
Es ist ebenso durchaus unzutreffend, daß eine wirklich gründliche Erfassung der Steuerobjekte unmöglich sei, weil es einem großen Teil der Verbraucher gelinge, sich der Steuerpflicht zu entziehen. Die von den Gemeindeverwaltungen getroffenen Vorkehrungen ermöglichen eine nahezu vollständige Erfassung dieser Steuerquelle. Wenn einmal einen Abgabepflichtigen die Hinterziehung der Steuer gleichwohl gelingt, so erleidet die Steuermoral hierdurch ebensowenig eine Schädigung, wie durch die auch nicht immer vermeidbare un-

vollständige Erfassung von steuerbarem Vermögen und Einkommen.
Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß diese Steuer sich keineswegs unbillich auswirkt. Sie schädigt den Weinhandel und die Brauereien durchaus nicht in dem Maße, wie es immer behauptet wird. Die Steuer führt auch zu keiner Sonderbelastung der Produzenten; denn sie wird tatsächlich nicht von diesen, sondern von den Konsumenten getragen, auf die man sie rechtlos abwälzt. Und letztere trifft die Steuer in Anbetracht ihres geringen, auf kleinere Mengen entfallenden Betrages durchaus nicht hart. Daß die örtliche Steuer den Verbrauchern keinen Anlaß zum Verzicht auf die fraglichen Getränke gibt, daß sie also keine Minderung des Konsums und damit auch keine volkswirtschaftlich beachtliche Schädigung der Produktionsweise zur Folge hat, ergibt sich ohne weiteres aus der zunehmenden Steigerung des Steuerertrags in den letzten Jahren als Folge des zunehmenden Verbrauchs. Eine Bevorzugung der Getränkeindustrie, insbesondere der den Hauptteil der Steuer aufbringenden Brauindustrie, durch eine Befreiung der Steuer wäre aber überhaupt nur vertretbar, wenn eine solche Maßnahme durch die allgemeine Lage dieses Gebietes geboten wäre, was aber wohl kaum behauptet werden kann. Denn die Brauindustrie mit ihren Dividenden-erträgen steht heute an der Spitze aller deutschen Wirtschaftszweige. Ein Wegfall der Steuer würde lediglich die Rente des der Alkoholverzehrung dienenden Kapitals erhöhen, nicht aber zu einer Verbilligung der Konsumpreise führen.
Wenn man endlich das Anschwellen der städtischen Finanzkassen auf mehr als das Fünffache gegenüber der Vorkriegszeit im Auge behält und ferner berücksichtigt, daß ungefähr 20-30 Prozent aller Armenausgaben auf die Folgeerscheinungen der Trunksucht zurückzuführen sind, so müßte eine Aufhebung der Getränkesteuer als den wirklichen Volkswirtschaften widersprechend geradezu unverständlich erscheinen. Es könnte in weiten Bevölkerungsschichten sicherlich nicht verstanden werden, wenn der Reichstag den Einkünften der Interessententeile nachgebend die Gemeinden erzwänge, auf diese Steuerquelle vom 1. April 1927 ab zu verzichten, und den Ausfall durch eine Erhöhung sonstiger Steuern, insbesondere der Grund- und Gewerbesteuer auszugleichen. Dies umso weniger in einem Zeitpunkt, da von allen Seiten auf die Notwendigkeit einer Senkung der Realsteuern hingewiesen wird. Während die Gemeinde-Getränkesteuer leicht getragen werden konnte und nur von demjenigen bezahlt wurde, der sich den Luxus alkoholischer Getränke leisten konnte und wollte, würde eine weitere Verbelastung des Viegenbürgers und Betriebsvermögens außerordentlich schwer empfunden werden, da viele Steuerträger heute schon nahezu an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Die Aufhebung der Gemeinde-Getränkesteuer und Verweisung der Gemeinden auf die Realsteuern ist daher auch vom Standpunkt einer zweckmäßigen Verteilung der steuerlichen Lasten in keiner Weise zu rechtfertigen.
Für die süddeutschen Städte, die von altersher den Verbrauch alkoholischer Getränke selbständig besteuert haben, kann im übrigen ein aus dem noch unzureichend vorübergehende Entschädigung aus Reichsmitteln, wie sie den Rechnungsjahren zufolge in Höhe von 20 Millionen für 1927 und von 10 Millionen für 1928 geplant ist, keinen genügenden Ersatz für den Verlust dieses Steuerrechts bilden. Ein Wegfall der Gemeinde-Getränkesteuer müßte daher notwendigerweise zu

Erfolgsforderungen der Gemeinden bei dem Finanzausgleich innerhalb der Länder führen.
Aus allen diesen Gründen wird daher nochmals auf das Dringende gebeten, die Gemeinde-Getränkesteuer weiterhin aufrecht zu erhalten.

Bermischtes

Explosion bei den J. G. Farzwerten

Ludwigshafen, 22. März. Gestern abend gegen 10 Uhr entstand in dem Kohleerlöschungsgebäude der J. G. Farzwerke infolge Defektwerdens einer Leitung eine Explosion, bei der zwölf Arbeiter verletzt wurden. Zwei Arbeiter, deren Verletzungen erheblicher Natur sind, wurden in das Krankenhaus Franzenthal gebracht. Die übrigen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Som Juge überfahren

Sankt Pauli, 21. März. Bei der Einfahrt des letzten Zuges in die Hefe Station fiel ein 20jähriger Mitreisender durch das Gitter eines Eisenbahnwagens ins Freie. Er kam dabei unter die Räder und wurde sofort getötet.

Letzte Nachrichten

Waffenfunde bei Nationalsozialisten

Berlin, 22. März. Die Polizei durchsuchte gestern abend die Teilnehmer zweier Versammlungen der Nationalsozialisten nach Waffen. Gefunden wurden in der einen Versammlung bei einem Teilnehmer ein Löffschlüssel und ein leerer Patronenrahmen, in der anderen Versammlung fand man eine Revolverpatrone mit 16 Schuß, einen Trommelrevolver, zwei Stabrevolver, zwei Gummiknüppel, einen Löffschlüssel, eine Bleihandklinge und drei Dolsche. Alles in einem Koffer versteckt. Der Besitzer des Patronenrahmens wurde festgenommen.

Schwere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Schutzpolizei

Berlin, 23. März. Gestern abend veranstaltete der Rote Frontkämpferbund in Berlin mehrere Kundgebungen wegen der blutigen Zusammenstöße auf dem Bahnhof Lichterfelde-Platz. Bei An- und Abmarsch der Demonstranten kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren Zusammenstößen mit der Schutzpolizei. In der Berliner Straße in Charlottenburg mußte die Polizei von den Gummiknüppeln und vom Seitengewehr und auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. Mehrere Personen erlitten dabei schwere Verletzungen. Die Polizei nahm hierüber 20 Festnahmen vor. Auch die Bismarckstraße und die angrenzenden Straßen mußten von der Polizei unter Waffengebrauch gesäubert werden. Bei diesen Zusammenstößen soll auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schäfer an einem Säbelhieb über den Kopf verletzt worden sein. Im Südosten am Heinrichsplatz und im Osten in der Frankfurter Allee kamen die Demonstranten gleichfalls mit Polizeimannschaften ins Handgemachte, wobei es mehrere Verletzte und nach der „Roten Fahne“ sogar einen Toten unter den Demonstranten gab.

NORDDEUTSCHER LLOYD
* **Bremen** *
einzige deutsche Linie, die Reisende und Auswanderer direkt nach **CANADA** befördert. Auskunft erteilt:
In Karlsruhe: Lloydreisebüro Goldfarb, Kaiserstr. 181, Ecke Herrenstr., in Baden-Baden: Lloydreisebüro W. Langguth, Lichtentalstr. 10, Café Zabler.

Freitag, den 25. März, abends 1/8 Uhr, spricht im Apollo-Theater, Marienstr. 16, **der Chinese Liau-Han-sin** über: **Die Greuelthaten des Imperialismus in China**
Einlaßgebühr 30 Pfg. Einlaßgebühr 30 Pfg.
Internationale Arbeiterhilfe / Ortsgr. Karlsruhe

Beifahrer von Straßenschotter.
Das Wasser- und Straßenbauamt Karlsruhe verleiht die Beifahrer von Straßenschotter in 20 Wägen. Die Bedingungen können beim Bauamt und bei Oberstraßenmeister Stankler in Straßburg eingesehen werden. Angebote sind bis Donnerstag, den 31. ds. Mts., vormittags 11 Uhr, mit entsprechender Kautionschrift bei den einzuwendenden Vorbrücken bei den zuständigen Straßenmeistern erhältlich. Aufschlagssatz 4 Wägen.
Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden.
Beim Vorliegen genügender Anmeldungen soll das Heim bereits am Dienstag wieder eröffnet werden. Verpflegungsbillets für 6 Mahlzeiten für heilige Gebühler 4.50 RM, für Kassen- und auswärtige Gebühler 5 RM. Veranlassung Anmeldungen wertig bis 10-11 Uhr vormittags bei uns, Verwaltungsgebäude, Zimmer Nr. 13.
Städtisches Krankenhaus Karlsruhe.
aller Art liefert rasch und billig
Verlagsdruckerei Volkswirtschaft G. m. b. H. Luisenstr. 24, Telefon 128

Plakate
Der Vorstand.

Knorr Kikeriki Eiermaccaroni
verdanken ihren großen Nährwert und Wohlgeschmack der Verwendung von reinem Hartweizengrieß und ihrem hohen Eiweißgehalt: infolgedessen schönes Aussehen, starke Quellfähigkeit und Ausgiebigkeit.
Anmerkung: Man beachte genau die jedem Paket aufgedruckte Kochvorschrift.

COLOSSEUM
Täglich 8 Uhr
CELLI DE RHEIDT
mit ihrem Sport und Kulturballett
Pädagogium Neuenheim Heidelberg
Gymnas u Realklassen: Sexta bis Reifeprüfung Sport. Gute Verpflegung
Rastatter Anzeigen
Einladung.
Die Mitglieder des Bürgerausschusses laden ich zu einer Sitzung auf
Mittwoch, den 30. März 1927, abends 8 Uhr in den großen Rathssaal ein.
Tagesordnung:
1. Kauf- und Leihvertrag zwischen dem Reichsstädt und der Stadt Rastatt
2. Erstellung von 42 Ein- und Zweifamilienwohnungen durch die Handwerker-Vergesellschaft Rastatt.
Rastatt, den 21. März 1927.
Der Oberbürgermeister.
Kunze

Allg. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt.
Erholungsfürsorge!
Der Betrieb unserer Erholungshäuser in Bad Dürkheim im Wald (Württemberg, Schwarzwald) rund 400 Meter hoch über dem Meer gelegen, ist wieder eröffnet worden. Erfahrungsgemäß ist der Aufenthalt wegen Aufnahme ins Erholungshaus, besonders in den Sommer-Monaten sehr groß. Um einen liebevollen Aufenthalt zu ermöglichen, bitten wir, in Betracht kommende Maßnahmen jetzt schon bei unserer Geschäftsstelle, Ludwigsring Nr. 22 zur Anmeldung zu bringen. Dabei wird auch jede gewünschte Auskunft gerne erteilt.
Neben erholungsbedürftigen Mitgliedern, die in erster Linie Berücksichtigung finden, und deren Familien, können, soweit Platz vorhanden, auch Arbeiter und deren Angehörigen Aufnahme finden. Ebenso auch andere Personen und Mitglieder anderer Krankenkassen. Für Berlin-Vertrieder gilt daselbe. Die Gebühren sind mäßig gehalten.
Räder können nicht aufgenommen werden.
Rastatt, den 21. März 1927.
Der 1. Vorsitzende: Johann Brenner

Radfahrer
Großer Vorrat Gummi eingetroffen:
Mantel, extra prima, 2.80
Mantel, extra prima, 3.-
Gebirgsmantel, extra prima, 1.40
aber nur solange Vorrat!
Reichhaltiges Lager in sämtlichen Ersatzteilen
Neue und gebrauchte Räder
kaufend billig
gegen wöchentliche oder monatliche Abzahlungen
Gustav Stahl
Marktplatz, Rastatt

Im Einkauf liegt der Verdienst deshalb kaufe:

JUNO



Konkurrenzlos billig.
 Weitgehendste Garantie.
 Riesige Auswahl.
 Gas-Herde von Mk. 76.50 an
 Kohlen-Herde von Mk. 72.— an
 Kombi. Herde von Mk. 102.— an
 Dauerbr.-Oefen von Mk. 18.— an
 Bade-Einrichtungen von Mk. 100.— an
 Zahlungserleichterung
Recker & Hauller
 Spezial-Geschäft für Herde, Oefen u. Bäder
Belfortstr. 9
 Wir sind die Billigsten!

Küchenschrank 58 u. 25 RT.
 25 RT. 15 RT., schöne Ver-
 fuge u. Kommod. 2. Schrank
 48 RT., Tisch, Nachtsch
 10 mit Karmor 12 RT.,
 feine Betten sehr billig bei
 Schuler, Möbelgeschäft,
 Ludwig Wilhelmstraße 18

Pfannkuch
 1 u. 2 tär. Schränke, Ver-
 dito 30.—, Waschkommode
 mit Karmor 40.—, Kom-
 moden, Nähstische, Stühle,
 Nachtsch. Zimmer, und
 Küchengeräte, 2 gleiche und
 einz. Betten, ein Kinder-
 bett 10.— u. fünf Möbel
 verkauft billig
Ein- und O. Gutmann
 Rudolfstr. 12, Teleph. 6608,
 Gebr. Möbel werden jeder-
 zeit angekauft. 2241

Dörrobst
 Serbische
Pflaumen
 46 Pf.
 extragroße
52 Pf.
Blodina-Zweifchen
 Größe I
 beliebt zum
 Backen
 1 Pfd. **65 Pf.**
Entfeinte Pflaumen
 70 Pf.

Mischobst
 aus feinsten Sorten
 und sehr frischen
 Zusammensetzung
 60 Pf.
Extrafine Mischung
 90 Pf.
Amerikanische Dampfpfjel
 76 Pf.

Verlangen Sie unsere Koch-Rezepte
Kalifornische Aprikosen
Pflaumen
Birnen
Pfannkuch

Frühlings-Neuheiten in HERREN- STOFFEN

Die neuesten Bindungen u. Farbentöne in unvergleichlicher Auswahl u. Preiswürdigkeit

Echte irische Donegals

Leipheimer & Mende

Billige Sonntagskarten zum Besuch der Frankfurter Messe 27.-30. März.



Gültig ab Samstag
 mittag 12 Uhr.
 Rückreise muß
 Montag früh 9 Uhr
 angetreten sein.

Messausweise zum Vorverkaufspreis bei E. P. Hieke, Karlsruhe, Kaiserstr. 215, oder durch das Messamt, Frankfurt a. Main. A. 6 80

Möbl. Zimmer
 mit elektr. Licht zu vermieten: Ludwigstr. 18 b.

Bad. Lichtspiele Konzerthaus.

Letzte Vorstellungen!
 Heute nachmittags 4 und abends 8 Uhr

Nordlandfahrer

mit Vortrag des Herrn
 Kapitän Otto Neubert.
 Vorverk.: Musikh. Fritz Müller, Kaiserstr.

15 Silberhasen
 mit Stallung zu verkaufen.
 Wilhelmstr. 56. 6th.

Badisches Landestheater

Mittwoch, den 23. März.
 * C 20 24. Gem. 601-700
 und 801-900

Bonaparte

von Fritz von Harub
 In Szene gesetzt von
 Felix Baumgard.

- | | |
|----------------------|-------------|
| Bonaparte | Zahlen |
| Ernst | Ernst |
| Lucien | Kloebe |
| Wurde | Baumgard |
| Segur | Dr. Bort |
| Dr. Gorbilart | Kienstert |
| Guilaincourt | Böber |
| Falkenberg | Prater |
| Carrot | Dees |
| Hulin | Hert |
| Guilaincourt | Brand |
| Madde | Müller |
| Dantancourt | Wolfs |
| Barrois | Kienstert |
| Harel | Oral |
| Fouché | Solbarr |
| Sevigny | v. d. Ernd |
| Charlot | Gemmende |
| Holmes | Ruhne |
| Kéol | Müller |
| Wolin | Weidner |
| Fontal | Rehner |
| Frouet | Rehner |
| Aufkam | Oral |
| Samson | Wagel |
| Engelien | Wagel |
| Vouille | Leitgeb |
| Labaudat | Frankenbort |
| Genair | Brand |
| Luftai | Ruhne |
| Jeanne | Gerl |
| Ninnie | Hermes |
| Yon | Silber |
| Marianne | Schönig |
| Anfang 7 1/2 Uhr | |
| Ende nach 10 1/2 Uhr | |
| I. Sperrst. 6.—Wort. | |

Brotpreise

ab 23. März 1927
 500 gr. Halbwaisbrot 24 Pf.
 1000 gr. Halbwaisbrot 48 Pf.
 750 gr. Kornbrot 30 Pf.
 1000 gr. Kornbrot 40 Pf.
 1500 gr. Kornbrot 58 Pf.
 750 gr. Roggen- oder
 Sauerebrot 30 Pf.
 1500 gr. Roggen- oder
 Sauerebrot 58 Pf.
 Freie Bäckereinnung
 Karlsruhe

Wir zeigen die letzten
 Modenschöpfungen
 in 3 Stockwerken
 in
Seide / Stroh und Filz 1927
S. Rosenbusch
 Karlsruhe, Kaiserstrasse 187
 Ein Besuch ist lohnend, bei meinen bekannt billigen Preisen

Das ganze Jahr hindurch

Wiederherstellung aller beschädigten Puppen und Anfertigung von Puppenperücken aus mitgebrachten Haaren
Verkauf von Puppen und Puppenartikeln.
 Erste Karlsruher **H. Bieler** 223 Kaiserstraße 223
 Puppen-Klinik
 zwisch. Donglas- u. Hirschr.

Fahrräder auf Teilzahlung

kaufen die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder für geringe Anzahlung und wöchentliche Rate von
Drei Mark
 im eigenen Interesse nur bei der
Auto-Betriebs-Gesellschaft m. b. H.
 Ruppurrerstraße 8. 2221

Laden-Einrichtung für Buchhandlung

geeignet zu kaufen gesucht. Angebote unter
 Nr. 2002 an das Volksfreundbüro erbeten.

Gute Bücher

Zu beziehen durch:
Volksbuchhandlung Karlsruhe
 Adlerstrasse 43

Für den Düerpug!
 „Sorin“ Desinfektionsmittel groß u. klein für alle
 Sachen zu reinigen und
 desinfizieren. 100 Pf. Ver-
 sendung nach auswärts in
 Eimer ab 5 bis 50 kg
Express franco.
 Kleinerer Hersteller
Wilhelm Seher,
 Karlsruhe i. B. Gärtenstr. 8
 (Vertreter gesucht)

RESI Waldstraße

Heute letzter Tag:
„Als ich wiederkam“
 Fortsetzung von „Im weißen Rößl“
 „Er“ als Mädchen
 für Alles
 Film-Komödie mit
 Harold Lloyd
 Die alte Universitäts-
 stadt Tübingen am
 Neckar
 Uhlands-Gebirgsbau
Zisterzienserkloster / Burg Lichtenstein
 (durch Hauffs gleichn. Roman bekannt)
Burg Hohenzollern
 Trianon-Auslands-Wochenschau

Todes-Anzeige

Meine liebe Frau, unsere gute Mutter,
 Schwiegermutter, Schwester u. Schwägerin
Maria Schmalz
 geb. Schmid
 ist heute morgen nach langem, schwerem
 Leiden verschieden. 2245
 Karlsruhe, den 22. März 1927.
 Im Namen der Hinterbliebenen:
Friedr. Schmalz
 Beerdigung Donnerstag mittag 1/2 2 Uhr
 Trauerhaus: Wielandstraße 16 11.

Sozialdem. Partei Karlsruhe

Frauengruppe
 Am Donnerstag, 24. März, abends 8 Uhr
 findet in der „Gambinnsäle“ die
General-Versammlung
 der Frauensektion
 statt. Tagesordnung:
 1. Vortrag des Gen. Prof. Wilhelm über Wi-
 helm II. 2. Geschäftsbericht und Wahl des Vor-
 standes 3. Verschiedenes
 Hierzu sind alle Genossinnen mit der Bitte um
 vollzähliges Erscheinen freunds. eingeladen. 2335

Zurück Dr. Karl Schroth

prakt. Arzt 2339
 Durlacher Allee 15. Telephon 5803.

Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!